

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Thorsten Stodiek

Der deutsche Beitrag zu den "Standby Forces" der Vereinten Nationen

Heft 113
Hamburg, März 1999

INSTITUT FÜR FRIEDENSFORSCHUNG UND SICHERHEITSPOLITIK

an der Universität Hamburg

22587 Hamburg • Falkenstein 1

e-mail: ifsh@rrz.uni-hamburg.de

Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/ifsh/welcome.htm>

Inhalt

Zusammenfassung	5
Einleitung	7
1. Das Standby Arrangements System der Vereinten Nationen	9
1.1 Das SAS-Konzept	10
1.2 Defizite des SAS	13
2. Die kanadischen und niederländischen Studien über schnelle Reaktionskräfte	15
3. Der dänische Vorschlag einer Standby High Readiness Brigade (SHIRBRIG)	20
3.1 Politische Rahmenbedingungen für Aufbau und Entsendung der SHIRBRIG	21
3.2 Operative Rahmenbedingungen: Das SHIRBRIG-Profil	22
3.3 Entwicklung der SHIRBRIG-Idee seit 1995	29
4. Bilanz der Entwicklung im Peacekeeping-Standby-Bereich	30

5.	Der deutsche Beitrag zum SAS	31
5.1	SAS-Beiträge anderer NATO-Staaten	33
5.2	Bisherige deutsche Beiträge und Erfahrungen im Rahmen von Friedensmissionen mit UNO-Mandat	37
5.3	Vorschlag eines deutschen Standby-Beitrages	40
5.4	Deutsches Engagement in "robustem" Peacekeeping	43
	Schluß	48
	Abkürzungsverzeichnis	49

Zusammenfassung

Die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung sieht die Bereitstellung von Standby Forces für Peacekeeping-Missionen der Vereinten Nationen vor. Um welche Art von Blauhelmkontingente es sich dabei handeln soll, wird im Koalitionsvertrag jedoch nicht präzisiert. Ziel der vorliegenden Studie ist es daher, das Profil eines möglichen deutschen Beitrages zum *Standby Arrangements System* (SAS) der Vereinten Nationen zu entwerfen.

Dazu wird zunächst das Konzept, die Geschichte und die Entwicklung des SAS beschrieben und dabei auf die Defizite verwiesen, die es durch einen deutschen Beitrag abzubauen gilt. Zu nennen sind hier vor allem die fehlenden materiellen und personellen Ressourcen in den Funktionsbereichen Logistik, Pionierwesen, Lufttransport, zivile Polizei und medizinische Versorgung sowie die Unverbindlichkeit der Zusagen über die im SAS mit den Vereinten Nationen vereinbarten Truppenkontingente. Zur Verringerung dieser Defizite orientiert sich das in der Studie entwickelte Truppen-Profil an Erfahrungen des bisherigen deutschen Engagements in Friedensmissionen der Vereinten Nationen und an Beispielen von Standby Arrangements anderer NATO-Staaten mit der UNO. In diesem Zusammenhang wird auch ein deutscher Beitrag zu der in der Endphase ihres Aufbaus begriffenen multinationalen *Standby High Readiness Brigade* (SHIRBRIG) diskutiert. Die SHIRBRIG wird auf eine dänische Initiative hin seit 1997 mit Unterstützung der UNO aufgebaut. Sie soll auf Anfrage der UNO als schnelle Eingreiftruppe zu Beginn einer Peacekeeping-Mission eingesetzt werden können. Die Idee einer schnellen Peacekeeping-Eingreiftruppe hat international soviel Interesse gefunden, daß sich bereits zwölf (vorwiegend westeuropäische) Staaten aktiv am Aufbau der SHIRBRIG beteiligen und eine Reihe weiterer Staaten einen Beobachterstatus im Planungsstab der Brigade innehat bzw. in Kürze anstrebt. Aufgrund des gut durchdachten Konzeptes und des klaren Anforderungsprofils der SHIRBRIG schlägt die Studie ein deutsches Engagement in dieser multinationalen Peacekeeping-Truppe vor.

Abschließend wird ein deutsches Engagement im Rahmen eines "ro-

busten" Peacekeepings diskutiert, da diese Weiterentwicklung des traditionellen Peacekeepings in Zukunft erforderlich sein könnte, wenn die Vereinten Nationen nicht wieder Fehlschläge wie im Rahmen des UNPROFOR-Einsatzes hinnehmen wollen. In diesem Zusammenhang wird auf die finanziell und materiell ungleich größeren Belastungen, die mit "robustem" Peacekeeping verbunden sind, und auf die möglichen negativen Auswirkungen erster deutscher Verluste, die den Rückhalt in der Öffentlichkeit für "robustes" Peacekeeping gefährden könnten, verwiesen. Beide Aspekte lassen einen "robusten" deutschen Beitrag kurzfristig als eher unwahrscheinlich erscheinen.

Einleitung

Im außenpolitischen Teil der Koalitionsvereinbarungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden den Vereinten Nationen (UNO) unter Hinweis auf die zunehmend wichtige Rolle der UNO bei der Sicherung des Friedens "*eigenständige Einheiten für friedenserhaltende Maßnahmen (peacekeeping) als 'stand by forces' angeboten*".¹

Mit dieser Offerte folgt die Bundesrepublik Deutschland dem Beispiel von 80 UNO-Mitgliedstaaten, die seit 1995 ihre Bereitschaft zur Teilnahme an sogenannten "Standby Arrangements" der UNO offiziell bekundet haben. Von diesen 80 Staaten haben wiederum 20 bilateral ein *Memorandum of Understanding* (MoU) über ein Standby Arrangement mit den Vereinten Nationen abgeschlossen. Mittlerweile steht der UNO ein Standby-Personalpool von 104.300 Soldaten, zivilen Polizisten und anderen Experten zur Verfügung. Auf diesen Pool kann die UNO bei der Planung von Peacekeeping-Missionen zurückgreifen, wobei die tatsächliche Bereitstellung eines Kontingents von Fall zu Fall von der Zustimmung des truppenstellenden Landes abhängig ist. Bewährt hat sich das *Standby Arrangements System* (SAS) der UNO bei der Zusammenstellung der jüngsten UN-Peacekeeping-Missionen auf Haiti (UNMIH) und in Ostslawonien (UNTAES) im Jahre 1996. Bereits unmittelbar nach Verabschiedung der beiden Missionsmandate durch den UN-Sicherheitsrat konnten die Missionen gestartet werden.

Das Konzept des SAS geht auf die 1992 vom damaligen UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali veröffentlichte *Agenda for Peace*² zurück. Die *Agenda for Peace* war eine Antwort auf die grundlegend veränderte weltpolitische Lage nach dem Ende des Kalten Krieges, aus der sich völlig neue Aufgaben und Probleme für die Vereinten Nationen ergaben. Mit dem SAS sollte eine vorausschauende und praxisnahe Pla-

-
- 1 Vgl. SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 20. Oktober 1998, S. 46.
 - 2 Vgl. Boutros Boutros-Ghalis: *An Agenda for Peace 1995. Second Edition With The New Supplement And Related UN Documents*, Publikation des Department of Public Information, New York 1995.

nung künftiger Friedensmissionen möglich werden, um die langen Anlaufzeiten der bisherigen, *ad hoc* zusammengestellten Missionen zu verkürzen. Gleichzeitig sollten mit Hilfe des SAS auch die bisherigen Defizite in puncto mangelhafter und inkompatibler Ausrüstung und fehlendem bzw. unzureichendem Training der Blauhelme beseitigt werden. Das 1992 gegründete *Department of Peacekeeping Operations* (DPKO) wurde mit der Planung künftiger Peacekeeping-Missionen unter Verwendung des SAS beauftragt.³

Die erste große Bewährungsprobe für das SAS endete 1994 in einem Debakel. Kein Land war bereit, seine für das SAS vorgesehenen Blauhelme nach Ruanda zu entsenden. Nach Meinung vieler Experten hätte schon die frühzeitige Entsendung einer kleinen Peacekeeping-Truppe ausgereicht, einen Puffer zwischen den Tutsis und Hutus zu bilden und so den späteren Völkermord zu verhindern.⁴ Die Betroffenheit der Völkergemeinschaft über das eigene Versagen in Ruanda war groß. Vor diesem Hintergrund wurden von verschiedenen Gruppen und Ländern Studien über eine Reform des SAS vorgelegt. In der vorliegenden Arbeit werden drei der interessantesten Reformbeiträge vorgestellt. Die Niederlande und Kanada legten Studien über die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe vor und befürworteten gar die Schaffung einer eigenständigen UNO-Armee. Auch Dänemark legte ein Konzept einer schnellen Eingreiftruppe vor, wobei die dänische Studie den Wunsch der UNO-Mitgliedstaaten nach einem Fortbestand ihrer Verfügungsgewalt über die Standby-Truppen berücksichtigte und von der Schaffung einer eigenständigen UNO-Armee absah. Auf diesem Vorschlag beruht letztlich der derzeitige Aufbau einer multinationalen *Standby High Readiness Brigade* (SHIRBRIG), weshalb die dänische Studie in Abschnitt 3 eingehend behandelt wird. Von den niederländischen und kanadischen Studien werden in Abschnitt 2 hingegen nur die Grundaussagen wiedergegeben und bewertet, da diese Vorschläge nicht in Gänze umgesetzt wurden. Der Abschnitt beschränkt sich dabei zum einen auf einige

3 In Abschnitt 1 dieser Arbeit erfolgt eine genauere Beschreibung des SAS.

4 Auch der UNO-Sicherheitsrat und insbesondere die USA trugen mit ihrer zögerlichen Haltung bezüglich der Aufstellung einer 5.000 Mann starken Peacekeeping-Truppe für Ruanda - erst am 17. Mai 1994 gab der Sicherheitsrat mit Resolution 918 das Mandat für 5.500 Blauhelme - zum Versagen der UNO bei.

konkrete Reformvorschläge für das *UN-Peace-operations System*, die später teilweise auch im UNO-Sekretariat umgesetzt wurden; zum anderen werden die besonders kontroversen Forderungen nach Schaffung einer eigenständigen UNO-Armee angesprochen.

Nach einem kurzen Resümee dieser Reformdiskussion in Abschnitt 4, das mit der Darstellung des gegenwärtigen Entwicklungsstands des SAS und der SHIRBRIG endet, wendet sich die Arbeit in Abschnitt 5 schließlich der Frage zu, wie ein deutscher Beitrag zu Standby Forces konkret aussehen könnte.

1. Das Standby Arrangements System der Vereinten Nationen

Erste Pläne zum Aufbau eines Systems für UNO-Standby-Truppen gab es bereits 1964. Da aber nur eine Handvoll Staaten die Absicht eines Beitrags zu einem solchen System signalisierten, verschwanden diese Pläne bald wieder von der Tagesordnung. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Renaissance des UN-Peacekeeping nahm der Bedarf an Peacekeeping-Truppen sprunghaft zu. Zwischen 1988 und 1993 entsandten die Vereinten Nationen 18 Peacekeeping-Missionen mit einem Personalbestand von über 70.000 Blauhelmen. (Zuvor hatte es zehn Jahre lang überhaupt keine neuen Peacekeeping-Missionen gegeben.) Bis zur Entsendung der neuen *ad hoc* zusammengestellten Peacekeeping-Missionen vergingen aber in der Regel Wochen bis Monate, während derer sich die humanitäre Lage in den betroffenen Krisenregionen oft dramatisch verschlechterte. Die herkömmlichen Prozeduren der Missionszusammenstellung waren den neuen Anforderungen offensichtlich nicht mehr gewachsen.

In seiner 1992 veröffentlichten "*Agenda for Peace*", mit der der damalige UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali der Aufforderung des Sicherheitsrates nachgekommen war, "*to prepare [...] an analysis and recommendations on ways of strengthening and making more efficient within the framework and provisions of the Charta the capacity of the*

United Nations for preventive diplomacy, for peacemaking and for peacekeeping"⁵, griff Boutros-Ghali die Idee zur Schaffung von UN Standby Arrangements wieder auf. Er ersuchte die Mitgliedstaaten um genaue Angaben über qualifiziertes Personal, das sie für künftige UNO-Missionen bereithalten würden. Unter Hinweis auf das stetig größer werdende Aufgabenfeld von Peacekeeping-Missionen bat Boutros-Ghali explizit um die Bereitstellung ziviler politischer Beamter, Menschenrechtsbeobachter, Wahlexperten, Spezialisten für humanitäre Angelegenheiten und ziviler Polizisten.⁶

1993 beauftragte Boutros-Ghali eine Planungsgruppe, bestehend aus sieben Offizieren, mit der Ausarbeitung eines *Standby Arrangements System* (SAS). Bereits ein Jahr später legte die Planungsgruppe das SAS-Konzept vor.⁷

1.1 Das SAS-Konzept

Das SAS-Konzept sieht vor, daß jeder Mitgliedstaat bilateral mit den Vereinten Nationen in einem *Memorandum of Understanding* (MoU) festlegt, welche Kontingente, welches Material und welche Ausrüstung er für Peacekeeping-Missionen auf Standby-Basis anbietet. Anhand aller MoU zu Standby Arrangements gewinnt das 1992 gegründete DPKO einen Überblick über die personellen und materiellen Ressourcen, die den Vereinten Nationen prinzipiell für Peacekeeping-Missionen zur Verfügung stehen. Die tatsächliche Entsendung dieser Truppen findet allerdings auf freiwilliger Grundlage statt, d.h. jeder Staat entscheidet von Fall zu Fall neu über einen Einsatz seiner Kräfte. Mittlerweile stehen der UNO im Rahmen des SAS 104.300 Soldaten, zivile Polizisten und andere Experten zur Verfügung.⁸

In den MoU werden auch die *Reaktionszeiten* festgelegt, innerhalb derer

5 Vgl. An Agenda for Peace, a.a.O. (Anm. 2), S. 39.

6 Ebd., S. 59f.

7 Vgl. Manfred Eisele/Ekkehard Griep: "Standby": neue Wege in der Friedenssicherung. Die Verfügungsbereitschaftsabkommen für Blauhelmeinsätze, in: VN. Zeitschrift der Vereinten Nationen, 2/1996, S. 51.

8 Vgl. Monthly Status Report. United Nations Standby Arrangements, Dezember 1998, veröffentlicht vom DPKO im Internet.

die Staaten nach Anforderung durch die UNO ihre Standby-Kontingente in eine Mission entsenden sollen. Die vereinbarten Reaktionszeiten schwanken zwischen den Staaten jedoch erheblich. Die Bandbreite liegt zwischen sieben und mehr als 90 Tagen. 40 Prozent der SAS-Mitglieder haben sich auf eine Reaktionszeit von bis zu 30 Tagen festgelegt, 16 Prozent beanspruchen eine Reaktionszeit von 60 Tagen, drei Prozent 90 Tage und 41 Prozent über 90 Tage.⁹ Die großen Abweichungen rühren wahrscheinlich von dem größeren finanziellen und logistischen Aufwand her, den eine schnelle Truppenentsendung erfordert. Es sind daher in erster Linie die reichen Industrienationen, die die materiellen und finanziellen Ressourcen für eine Entsendung innerhalb einer Woche aufbringen können.

Die *Entsendungsdauer* für die Einheiten soll in der Regel sechs Monate und für Einzelpersonen ein Jahr betragen. Jedoch können stark spezialisierte Einzelpersonen und Einheiten auch für längere Zeiträume beansprucht werden.¹⁰

Das *Training* der Standby-Truppen erfolgt in den jeweiligen Heimatstützpunkten, wobei einheitliche, von der UNO vorgeschlagene Trainingsziele zu verfolgen sind. Dadurch soll eine effiziente Kooperation innerhalb einer später zu bildenden multinationalen Peacekeeping-Truppe gewährleistet werden. Zu diesem Zwecke sind auch gemeinsame Übungen verschiedener nationaler Verbände unabdingbar. Die Blauhelme müssen mit UNO-Prozeduren vertraut sein und die Handhabung von Kommunikationsgeräten und Ausrüstungsgegenständen anderer Nationen beherrschen. Neben den grundsätzlichen soldatischen Fähigkeiten müssen den Blauhelmen aber auch Kenntnisse vermittelt werden, die speziell in Peacekeeping-Missionen vonnöten sind. Dazu zählen die jeweils missionsabhängigen Kenntnisse über Klima, Gesundheitsvorsorge, Sicherheit, die politische Lage vor Ort, Kultur und Sprache. Zusätzlich kann auch Spezialwissen

9 Vgl. Annual Report of the Secretary-General to the Security Council. Progress Report of the Secretary-General on Standby Arrangements for Peacekeeping vom 24.12.1996., veröffentlicht vom DPKO im Internet.

10 Vgl. UN Standby Arrangements System Description, veröffentlicht vom DPKO im Internet; siehe auch Eisele 1996, a.a.O. (Anm. 7), S. 52.

in den Bereichen Menschenrechts-

schutz, Mediation zwischen Konfliktparteien, Überwachung und Durchführung von Wahlen und Bereitstellung humanitärer Hilfe nützlich sein.

Mittlerweile gibt es in verschiedenen UNO-Mitgliedstaaten spezielle UNO-Ausbildungszentren, in denen nationale und internationale Einheiten und Einzelpersonen nach UNO-Standards ausgebildet werden. Auch in Deutschland existiert ein solches UNO-Ausbildungszentrum.¹¹

Zu den oben angesprochenen Prozeduren gehören auch *Kommando- und Befehlsstrukturen* auf UNO-Ebene. Mit diesen müssen alle Blauhelme vertraut sein. Bis zur Entsendung behalten die Staaten die Verfügungsmacht über ihre Standby-Kontingente. Während der Mission geht die operative Kontrolle auf das Kommando der Vereinten Nationen über.

Der schnelleren und effektiveren Umsetzung von Peacekeeping-Mandaten soll darüber hinaus ein schnell einsatzbereites Hauptquartier (*Rapidly Deployable Mission Headquarters*, RDMHQ) dienen. Ein Grundgerüst an Hauptquartierpersonal soll künftig im DPKO ständig präsent sein und im Entsendungsfall durch Standby-Personal komplettiert werden.¹² Dieses Hauptquartier soll sowohl als Erkundungs- als auch als Vorauskommando in Krisengebiete entsandt werden, sobald der Sicherheitsrat ein Mandat verabschiedet hat. Bisher fehlen im UNO-Haushalt jedoch die Mittel zum Aufbau des RDMHQ.¹³

Analog zu den Vorbereitungen im personellen Bereich sollen auch die *logistischen Planungen* durch die Anschaffung von *start-up kits* erleichtert werden. Diese *kits* enthalten spezielle Ausrüstungs- und Aus-

11 Das deutsche UNO-Ausbildungszentrum befindet sich an der Infanterieschule des Heeres in Hammelburg (InfS). Zudem finden an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg (FüAkBw) UNO-Stabsoffizierslehrgänge statt. An den Lehrgängen nehmen auch Soldaten aus anderen Staaten teil. Vgl. Uwe Benecke: Ausbildung von Soldaten für internationale Einsätze, in: Europäische Sicherheit. Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik, 47. Jahrgang, Nr. 8, S. 45, Hamburg, August 1998.

12 Vgl. Standby Report, a.a.O. (Anm. 9), S. 3.

13 Vgl. Manfred Eisele: Im Auftrag des Sicherheitsrats: Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Erfahrungen als Beigeordneter Generalsekretär für Planung und Unterstützung der UN-Friedenseinsätze, in: VN. Zeitschrift der Vereinten Nationen 1/1998, S. 1.

stattungsgegenstände, die in der Anlaufphase einer Mission benötigt werden. Sie sind im italienischen Hafen Brindisi gelagert.¹⁴

Für die *Finanzierung* der Standby-Truppen in den Ruhezeiten sind die Entsendestaaten alleine zuständig. Für den Zeitraum der Abstellung erhalten die Regierungen der Entsendestaaten im Rahmen der geltenden Verwaltungsbestimmungen jedoch eine Entschädigungs- oder Ausgleichszahlung von den Vereinten Nationen. Zu unterscheiden ist dabei zwischen Erstattungsätzen für Personal und der kontingent-eigenen Ausrüstung.¹⁵

1.2 Defizite des SAS

Im SAS-Personalpool befinden sich zwar über 100.000 Personen, doch beträgt der Anteil an Infanteristen weit über 50 Prozent. Es besteht ein großes Defizit an Stabsdienstsoldaten, Fernmeldern, Pionieren, Medizern, Militärbeobachtern, Kampfmittel-Beseitigungsexperten, zivilen Polizisten, Juristen und Verwaltungsexperten sowie logistischem Personal und Transportkapazitäten.¹⁶

Vor allem die Blauhelmkontingente aus Entwicklungsländern sind oft unzureichend ausgerüstet und häufig nicht in der Lage, sich selbst mit Nachschub zu versorgen, auch wenn die Vereinten Nationen von allen Truppenstellern die Fähigkeit zur Selbstversorgung innerhalb der ersten 60 Tage nach Eintreffen am Einsatzort fordern. Die schon angesprochene große Bandbreite der Entsendungsreaktionszeiten ist der effektiven Planung und Durchführung einer Mission ebenfalls hinderlich.

Das größte Defizit des SAS besteht aber im Freiwilligkeitsprinzip der Truppenentsendung. Alle vorausschauenden und schnellen Missionsplanungen sind obsolet, wenn sich die Entsendestaaten im konkreten Fall nicht bereit erklären, ihre im SAS angebotenen Truppen auch tatsächlich zur Verfügung zu stellen. Diese bittere Erfahrung mußte der UNO-Generalsekretär gleich in der Anfangsphase des SAS machen. Als Bou-

14 Vgl. Eisele 1998, a.a.O. (Anm. 13), S. 5.

15 Vgl. Eisele 1996, a.a.O. (Anm. 7), S. 53.

16 Vgl. Status Report, a.a.O. (Anm. 8), S. 1.

tros-Ghali im Mai 1994 die vom Sicherheitsrat bewilligten 5.500 Blauhelmsoldaten für die Ruanda-Mission von den Mitgliedsländern anforderte, war kein einziges UNO-Mitgliedsland - auch keines der damals 19 SAS-Mitglieder - bereit, Truppen für UNAMIR zur Verfügung zu stellen. Als sich schließlich Frankreich (aus nicht uneigennütigen Beweggründen) mehr als einen Monat später dazu bereit erklärte, in eigener Regie im ruandischen Bürgerkrieg einzugreifen, waren mehr als 500.000 Ruander umgekommen und über zwei Millionen (über 25 Prozent der Bevölkerung) auf der Flucht.¹⁷

Die Untätigkeit der Mitgliedstaaten in Ruanda sprach Boutros-Ghali 1995 im *"Supplement to An Agenda for Peace"* explizit an und forderte die Aufstellung einer *"Rapid Reaction Force"* auf Standby-Basis. Der Generalsekretär betonte dabei, daß *"...the value of this arrangement would of course depend on how far the Security Council could be sure that the force would actually be available in an emergency case"*¹⁸. Die Umsetzung solch verbindlicher Regelungen schätzte Boutros-Ghali zwar als sehr kompliziert ein, dennoch sah er die Zeit für solche Regelungen gekommen. Diese Einschätzung teilte der Sicherheitsrat offensichtlich nicht. In seiner Stellungnahme zum Supplement erwähnte er den Vorschlag einer *Rapid Reaction Force* - obwohl von Boutros-Ghali ausdrücklich nur im Zusammenhang mit Peacekeeping und nicht in Verbindung mit dem heiklen Thema Peace enforcement¹⁹ genannt - mit keinem Wort.²⁰

Unterstützung bekam Boutros-Ghalis Forderung nach schnell entsend-

17 Vgl. *An Agenda for Peace*, a.a.O. (Anm. 2), S. 18; Eisele 1996, a.a.O. (Anm. 7), S. 45 sowie Department of Public Information: *The United Nations and Rwanda 1993 - 1996*. With an introduction by Boutros Boutros-Ghali, Secretary-General of the United Nations, New York, 1995, S. 4.

18 Ebd., S. 18.

19 Heikel ist dieses Thema insofern, als zum einen Peace enforcement nicht auf die Zustimmung der Konfliktparteien angewiesen ist und somit das Souveränitätsprinzip in Gefahr geraten kann, zum anderen die erste Peace enforcement-Aktion unter UNO-Führung in Somalia gescheitert war und die USA nach dem Tod von 18 US-Soldaten in Somalia eine künftige Beteiligung an *Peace-operations* unter Führung der UNO ablehnten.

20 Vgl. Dick A. Leurdijk (Hrsg.): *Rapid Deployment: The Capacity Gap*, in: *A UN Rapid Deployment Brigade: Strengthening the Capacity for Quick Response*, The Hague: Netherlands Institute of International Relations, Clingendahl 1995, S.11.

baren Peacekeeping-Truppen jedoch von verschiedenen Arbeitsgruppen und Ländern, die nicht zu den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates zählen. So forderte u.a. der niederländische Außenminister Hans van Mierlo den Aufbau einer jederzeit schnell einsatzbereiten UNO-Brigade. Kanadas Außenminister André Ouellet schlug langfristig den Aufbau einer permanenten UNO-Streitkraft vor. Den Forderungen der beiden Minister folgten noch 1995 eine niederländische Studie über eine *UN Rapid Deployment Brigade* und eine kanadische Studie über eine *Rapid Reaction Brigade*, deren Grundzüge im folgenden wiedergegeben werden.

2. Die kanadischen und niederländischen Studien über schnelle Reaktionskräfte

Beide Studien verbinden den Wunsch nach schnellen Reaktionskräften mit der Forderung nach einer generellen Verbesserung des *UN-Peace-operations* Systems. So weisen sie auf die ineffiziente Nutzung bestehender Frühwarneinrichtungen hin und fordern eine bessere Kooperation zwischen UNO-Sekretariat, dem Sicherheitsrat, regionalen Organisationen und den Mitgliedstaaten. Die kanadische Studie schlägt in diesem Zusammenhang die Schaffung eines *Troop Contributors Forum* vor, in dem sich Vertreter der UNO regelmäßig mit den Vertretern der truppenstellenden Länder treffen sollten. Dadurch blieben die Truppensteller stärker in den Missionsplanungsprozeß eingebunden.²¹ Mit der Planung einer Mission solle das DPKO bereits beginnen können, wenn der Sicherheitsrat noch über die Entsendung einer Mission berät. Dazu bedürfe es aber eines personellen Ausbaus des DPKO, beispielsweise eines mit 30 bis 50 zivilen und militärischen Experten besetzten *permanenten UN Operational Headquarters*.²² Um den Vereinten Nationen einen Überblick über zivile und militärische Experten zu ermöglichen, die zur Teilnahme an der Planung und Durchführung von UNO-Missionen auf permanenter oder Standby-Basis bereit sind, fordern beide Studien von den UNO-Mitgliedstaaten die Zusammenstellung entspre-

21 Vgl. Government of Canada: *Towards A Rapid Reaction Capability For The United Nations*, Report of the Government of Canada, September 1995, S. 36f.

22 Ebd., S. 28ff.

chender Namenslisten.²³ Die niederländische Studie betont des weiteren die Notwendigkeit verbesserter Absprachen der UNO mit den Mitgliedstaaten und der Privatwirtschaft im Logistik- und Transportwesen. Beide Studien beklagen die prekäre Finanzsituation der Vereinten Nationen, aufgrund derer die verabschiedeten Peacekeeping-Missionen oftmals nicht mit den für erfolgreiche Mandatsumsetzungen notwendigen Ressourcen versehen werden können. Um die UNO in die Lage zu setzen, über zusätzliche finanzielle Mittel für schnelle Reaktionskräfte verfügen zu können, schlägt die kanadische Studie allerdings nur eine Umverteilung bereits vorhandener Peacekeeping-Fonds und eine Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens für zusätzliche, missionsspezifische Peacekeeping-Finanzmittel vor. So solle der UNO-Generalsekretär dem Peacekeeping-Fonds schon frühzeitig bis zu zehn Millionen Dollar entnehmen dürfen, um die Planung und den Anschlag einer neuen Mission finanzieren zu können. Zusätzlich solle er die Möglichkeit haben, in dringlichen Situationen - nachdem der Sicherheitsrat ein Missions-Mandat verabschiedet hat - über weitere 50 Millionen Dollar zu verfügen, ohne das übliche langwierige Bewilligungsverfahren des *Advisory Committee on Administrative and Budgetary Questions* (ACABQ) abwarten zu müssen. Die niederländische Studie fordert eine direkte Finanzierung der schnellen Einsatzkräfte durch die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, da jener schließlich auch über sie verfügen könne. Wie man allerdings aus leeren Fonds noch etwas umverteilen soll, oder wie die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zur Zahlung des *Rapid Reaction Budgets* bewegt werden könnten, teilen die Studien nicht mit. Im Zusammenhang mit der generellen Finanzkrise der Vereinten Nationen appellieren sie an die Schuldnerländer, endlich ihre Rückstände bei der UNO zu begleichen. Konkrete Vorschläge, wie diese Länder dazu gezwungen werden könnten und wie die UNO zusätzliche Einnahmen erzielen könnte, werden von beiden Studien aber wiederum nicht gemacht.²⁴

Bezüglich der Aufgaben der schnellen Einsatzkräfte sind beide Studien

23 Vgl. kanadische Studie, a.a.O. (Anm. 21), S. 43ff, niederländische Studie, a.a.O. (Anm. 20), S. 80ff.

24 Vgl. kanadische Studie, a.a.O. (Anm. 21), S. 41; niederländische Studie, a.a.O. (Anm. 20), S. 84.

ähnlich zurückhaltend wie Boutros-Ghali und vermeiden den Peace enforcement-Begriff. Lediglich in der niederländischen Studie findet man relativ deutlich die Forderung nach Peace enforcement als Aufgabengebiet. So betont der niederländische Außenminister van Mirlo, die schnellen Einsatzkräfte müßten auch Operationen nach Kapitel VII der UNO-Charta durchführen können und zu "forceful action" in der Lage sein, weshalb sie auch als leichte Infanteriebrigade aufzubauen seien.²⁵ Ob allerdings eine leichte Infanteriebrigade alleine wirklich zu "forceful action" in der Lage wäre, muß bezweifelt werden.

Derjenige Aspekt beider Studien, der in der anschließenden öffentlichen Debatte am kontroversesten diskutiert worden sein dürfte, ist die Forderung nach einer stehenden UNO-Armee. Die Studien kritisieren am bestehenden SAS den fehlenden Automatismus einer Blauhelmentsendung auf Anfrage des Generalsekretärs, da die Mitgliedstaaten über eine Entsendung ihrer Truppen immer noch selbst entschieden. Zur Verdeutlichung dieses Dilemmas verweisen sie auf den Ruanda-Fall.

Kanada schlägt als langfristiges Ziel den Aufbau einer *UN Volunteer Force* vor. Diese von den Vereinten Nationen direkt rekrutierte Freiwilligenarmee unter direktem Zugriff des Sicherheitsrates könne auch für "some of the riskier operations"²⁶ eingesetzt werden, für die die Mitgliedstaaten bisher keine Soldaten zur Verfügung stellen wollten. Eine solche Truppe böte die besten Voraussetzungen für eine gut trainierte, garantiert verfügbare und damit wirklich schnell entsendbare *Reaction Force* der UNO. Allein die Existenz einer solchen Truppe könne auf potentielle Konfliktparteien eine abschreckende Wirkung entfalten und somit präventiv das Entstehen von Konfliktherden verhindern. Ausführlicher geht die Studie auf dieses Thema allerdings nicht ein. Sie weist abschließend mit dem Hinweis auf die hohen Kosten einer solchen Truppe, die den bestehenden UNO-Haushalt bei weitem überfordern würden, nochmals auf die Probleme der Realisierung des Konzepts hin.²⁷

25 Vgl. niederländische Studie, a.a.O. (Anm. 20), S. 24.

26 Vgl. kanadische Studie, a.a.O. (Anm. 21), S. 62.

27 Ebd.

Während die kanadische Studie eine stehende Freiwilligenarmee der Vereinten Nationen als langfristiges Ziel anvisiert, ist das niederländische Pendant ausschließlich auf den Aufbau einer UNO-Freiwilligenarmee hin konzipiert: Die UNO-Brigade sei vom Sicherheitsrat aufzubauen, der auch das exklusive Entsendungsrecht besäße. Das militärische und zivile Personal der Brigade solle bei den Vereinten Nationen angestellt sein und analog zu den Einstellungsverfahren für Zivilisten anhand bestimmter Kriterien rekrutiert werden. Die Soldaten sollten von der UNO bezahlt und versichert werden und ihrem Disziplinarrecht unterliegen. Im Einsatz sollten sie einen Kombattantenstatus gemäß den Genfer Konventionen besitzen. Da der Sicherheitsrat die exklusive Entsendungsautorität besäße, sollten die Vereinten Nationen diese Truppe unabhängig von der Zustimmung der Mitgliedstaaten, deren Nationalität die Soldaten besitzen, entsenden können.²⁸

Der Einfluß der UNO-Mitgliedstaaten auf die UNO-Brigade solle auf den Rekrutierungsprozeß beschränkt bleiben. Die Studie betont, daß die Mitgliedstaaten bei der Rekrutierung des Personals zwischen den Bewerbern und den Vereinten Nationen vermitteln sollten. Dadurch sollten "Abenteurer" von der Truppe ferngehalten werden und das Image einer Söldnertruppe erst gar nicht aufkommen.²⁹ Die Brigade solle 5.000 Mann stark sein. Die geschätzten jährlichen Unterhaltskosten für den Verband werden auf 300 Millionen Dollar veranschlagt. Zusätzlich rechnet die Studie noch mit Anschaffungskosten von 500 bis 550 Millionen Dollar für die Ausrüstung der Brigade.³⁰

Die kanadische Erkenntnis, daß das Ziel einer eigenständigen UNO-Armee wohl nur sehr langfristig zu erreichen ist, hat sich bisher bewahrt. Seit den Erfahrungen mit dem UNOSOM-II-Einsatz haben die Mitgliedstaaten ihre Blauhelme nicht mehr für kombinierte Peacekeeping/Peace enforcement-Einsätze zur Verfügung gestellt. Auch die von der niederländischen Studie geforderte Interventionsfähigkeit einer schnellen Eingreiftruppe hat von anderen Mitgliedstaaten und dem UNO-Sicherheitsrat keine nachhaltige Unterstützung erhalten. So haben

28 Vgl. kanadische Studie, a.a.O. (Anm. 21), S. 77.

29 Ebd., S. 87ff.

30 Ebd., S. 82f.

allein die Forderungen nach grundsätzlichen Verbesserungen im *UN-Peace-*

operations-System gewisse Auswirkungen auf die Reformen im UNO-Sekretariat gehabt:

- Zur Verbesserung der Zusammenarbeit des Sekretariats, des Sicherheitsrates und der truppenstellenden Mitgliedsländer finden nun monatliche Treffen zwischen dem Präsidenten des Sicherheitsrates, Vertretern des DPKO und Vertretern der Mitgliedsländer statt. Auf diese Weise soll der Willensbildungsprozeß innerhalb der verschiedenen Gremien für alle Beteiligten transparent bleiben.³¹
- Das DPKO wurde personell erweitert und übernimmt jetzt auch Funktionen anderer UNO-Organe. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Minenräumung. Früher arbeiteten in diesem Bereich das DPKO, das *Department of Humanitarian Affairs* (DHA) und verschiedene NGOs unkoordiniert nebeneinander. Nun hat das DPKO die alleinige Kompetenz bei der Planung von Minenräumaktionen und übernimmt auch die Koordination verschiedener Hilfsorganisationen in diesem Bereich.³²
- Mittlerweile haben die Vereinten Nationen auch Personenraster angelegt, in denen zivile und militärische Experten verzeichnet sind. Dadurch konnte die personelle Situation im DPKO und im SAS verbessert werden.
- Bei der Einrichtung des permanenten UNO-Hauptquartiers gibt es, wie eingangs erwähnt, noch Probleme, da den Vereinten Nationen momentan die finanziellen Mittel dafür fehlen. Damit ist wieder das problematische Thema der UNO-Finzen angesprochen, an dem sich trotz aller Appelle der bisherigen UNO-Generalsekretäre und der beiden Studien kaum etwas verbessert hat. Solange die USA (als bei weitem größter Schuldner) nicht ihre Verbindlichkeiten in Höhe von rund 1,3 Milliarden Dollar³³ begleichen, wird sich an der prekären Finanzlage der UNO kurz- bis mittelfristig nichts ändern.

Den größten Widerhall fanden die Forderungen der beiden Studien im Report der *Working Group*, einer von der dänischen Regierung

31 Vgl. Eisele, 1998, a.a.O. (Anm. 13), S. 3.

32 Ebd., S. 2.

33 Vgl. International Herald Tribune vom 23. September 1998.

initiierten Studie über den Aufbau einer Standby High Readiness Brigade. Kanada und die Niederlande gehörten auch zu den elf Staaten, die sie gemeinsam erstellten. Da diese Studie von allen Reformbeiträgen seit Mitte der 90er Jahre die einzige ist, die derzeit eine konkrete Umsetzung in die Praxis erfährt, soll sie im folgenden ausführlich behandelt werden.

3. Der dänische Vorschlag einer Standby High Readiness Brigade (SHIRBRIG)

Im Januar 1995 kündigte auch Dänemark die Durchführung einer Studie zum Aufbau schnell entsendbarer Peacekeeping-Truppen an. Es sollte sich dabei um eine *UN Standby Forces High Readiness Brigade* handeln. Später wurde dieser Name verkürzt auf *Standby High Readiness Brigade* (SHIRBRIG).

Der im August 1995 von den Dänen vorgelegte Bericht³⁴ war - wie zuvor schon die kanadische und niederländische Studie - eine Antwort auf Boutros-Ghalis Forderung im *"Supplement to An Agenda for Peace"* nach einer stehenden Armee der Vereinten Nationen. Die Studie verweist auf die Unrealisierbarkeit des Plans einer eigenständigen UNO-Armee. Sie begründet dies mit der fehlenden Bereitschaft der UNO-Mitgliedstaaten, zum einen die Kosten einer stehenden UNO-Armee zu tragen und zum anderen ihren Einfluß auf die Zusammenstellung von Blauhelmtruppen aufzugeben, wenn der Generalsekretär nicht mehr von der Bereitstellung von Blauhelmkontingenten aus einzelnen Mitgliedstaaten (zumindest in der Anlaufphase einer Mission) abhängig sei. Die Schlußfolgerung aus dieser Tatsache ist die Forderung nach einer weiteren Verbesserung des bestehenden SAS.

Am SAS kritisiert die Studie, daß viele Standby-Kontingente einen schlechten Bereitschaftsstatus aufweisen, d.h. schlecht ausgerüstet und nicht in der Lage seien, sich in der Anlaufphase einer Mission selbst zu

³⁴ Vgl. Chief of Defence, Denmark: Report by the Working Group on a Multinational UN Stand-by Forces High Readiness Brigade, August 1995.

versorgen. Zudem seien viele Standby-Truppen bereits im Einsatz in einer der aktuellen Peacekeeping-Missionen und stünden somit nicht für weitere Missionen zur Verfügung. Die Studie konstatiert daher eine Unfähigkeit der Vereinten Nationen zur schnellen Entsendung von Standby-Truppen und fordert den Aufbau einer *UN Standby Forces High Readiness Brigade*.³⁵

3.1 Politische Rahmenbedingungen für den Aufbau und die Entsendung der SHIRBRIG

Da die SAS-Mitgliedstaaten nach Ansicht der Studie auch weiterhin auf der Entscheidungsbefugnis über die tatsächliche Bereitstellung ihrer Truppen bestehen, muß auf die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der Entsendestaaten bei der Mandatierung einer Mission Rücksicht genommen werden. Das heißt:

- Die Missionsziele müssen mit den Vorstellungen der Entsendestaaten übereinstimmen.
- Die SHIRBRIG darf nur für Peacekeeping-Einsätze nach Kap. VI der UNO-Charta verwendet werden. Peace enforcement-Aufträge fallen nicht in ihren Aufgabenbereich.
- Daher gelten für SHIRBRIG-Einsätze die drei Grundregeln des Peacekeeping:
 - Zustimmung der Konfliktparteien zur Mission.
 - Unparteilichkeit der Blauhelme.
 - Waffengewalt nur im Notfall zur Selbstverteidigung.
- Die Sicherheit des Personals muß weitestgehend gewährleistet sein.
- Ein Mandat muß umsetzbar sein, d.h. die Ziele müssen mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen vereinbar sein. Das bedeutet, daß Truppenprofil und Mandat einander entsprechen müssen.
- Die Missionsdauer muß absehbar sein.
- Die Ressourcen der Entsendestaaten müssen ausreichend vorhanden sein: Die Überforderung eines Landes kann vermieden werden, wenn sich verschiedene Länder bei der Zusammenstellung der schnellen Eingreiftruppe zusammenschließen und diese Truppe auch

35 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 8.

nur jeweils für einen kurzen Zeitraum im Einsatz ist.

- In den MoU zwischen den SHIRBRIG-Staaten werden die Ziele, Aufgaben, Strukturen und die Finanzierung der SHIRBRIG klar geregelt.³⁶

3.2 Operative Rahmenbedingungen: Das SHIRBRIG-Profil

Aufgaben

Wie bereits erwähnt, soll die SHIRBRIG nach Ansicht der Studie nur in Peacekeeping-Missionen eingesetzt werden. Darunter fallen traditionelle Mandate wie die Pufferbildung zwischen Kriegsparteien und die Überwachung von Waffenstillständen sowie die neuen multidimensionalen Mandate wie die Entsendungen zur präventiven Pufferbildung und die Unterstützung humanitärer Aktionen.

Folgende Aufgabengebiete sind vorgesehen:

- Verbindungsaufnahme mit Konfliktparteien und anderen relevanten Organisationen einschließlich NGOs,
- Verhandlungen mit bzw. Vermittlung zwischen Konfliktparteien auf allen Ebenen, um die Situation vor Ort zu deeskalieren und zu stabilisieren,
- Beobachtung und Überwachung von Waffenstillständen und anderen Abmachungen,
- Garantie eines sicheren Umfelds in Missionsgebieten (dies schließt den Schutz des Personals und den Schutz von Einrichtungen sowie die Räumung von Minen mit ein.),
- Kontrollaufgaben in Verbindung mit Flüchtlingsströmen, Binnenflüchtlingen und Kriegsteilnehmern,
- Aufbau und Durchführung öffentlicher Informationsprogramme.³⁷

Obwohl die Brigade nur mit dem Einverständnis der Konfliktparteien entsandt werden und unparteiisch agieren soll, verlangt die dänische

³⁶ Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 8f.

³⁷ Ebd., S. 16.

Studie, daß die Truppe dennoch in der Lage sein müsse, in einer feindlichen Umgebung die eigene Sicherheit zu gewährleisten (*"maintaining its own integrity and providing the safety of its personnel in a non-benign environment."*³⁸). Ein Kampfauftrag ist damit jedoch nicht impliziert. Die Verteidigungsmittel der *"well-balanced force"* sollen nur aus gepanzerten Fahrzeugen und anderen *"passive means"* bestehen.³⁹

Aufbau der Truppe

Grundsätzlich soll die SHIRBRIG aus multinationalen Einheiten zusammengesetzt sein. Dadurch würde zum einen die Belastung für einzelne Staaten verringert und zum anderen der multinationale Charakter einer für die UNO agierenden Armee symbolisiert. Vorrang vor einer möglichst großen Multinationalität habe aber die Arbeitsfähigkeit der Einheiten. Das heißt, wo es zweckmäßig erscheint, soll im Hinblick auf ein reibungsloses Zusammenspiel der Verbände und der Bewältigung von Spezialaufgaben eher auf nationale Kontingente zurückgegriffen werden. Zur Verdeutlichung dieses Punktes unterscheidet die Studie zwischen zwei Arbeitsbereichen, für die ein unterschiedliches Ausmaß an Multinationalität sinnvoll sei. Dabei handelt es sich zum einen um brigade-interne Aufgaben, zum anderen um externe, von der Brigade zu leistende Aufgaben.

In den brigade-internen Arbeitsbereichen soll sich auch die multinationale Zusammensetzung der Brigade widerspiegeln: Im Brigadestab, in den Versorgungs- und Logistikbataillonen und in der Militärpolizeikompanie sollen alle SHIRBRIG-Nationalitäten vertreten sein. Dagegen könnten die einzelnen Kompaniestäbe, die Infanterie-, Aufklärungs- und Pionierbataillone sowie die Ärzteteams des Feldlazarets wahlweise aus nationalen oder multinationalen Kontingenten bestehen. In den Fällen, in denen es keine Sprachbarrieren gebe, seien multinationale Einheiten erwünscht.

38 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), Ebd., S. 11.

39 Ebd., S. 11 und 23.

Die Brigade soll aus:

- 1 Stabskompanie
- 3 Infanteriebataillonen
- 1 Aufklärungskompanie
- 1 Pionierbataillon (inklusive einer Minenräumeinheit)
- 1 Versorgungsbataillon (inklusive eines Feldlazarets und einer Notfallmedizin-Einheit)
- 1 Logistik/Nachschubbataillon (inklusive einer Transporthubschrauberkompanie)
- 1 Militärpolizeikompanie

bestehen.⁴⁰ Damit würde der Verband rund 4.500 Soldaten umfassen.⁴¹

Alle Einheiten sollen mehrfach vorhanden sein und aus unterschiedlichen Länderkontingenten bestehen, damit selbst im Falle einer Entsendungsverweigerung seitens eines oder mehrerer truppenstellenden SHIRBRIG-Staaten die SHIRBRIG entsandt werden kann. Das bedeutet, daß alle Truppen in materieller und ausbildungstechnischer Hinsicht gleich gut gerüstet sein müssen. Nur so können einzelne Truppenteile/Module problemlos ausgetauscht werden. Alle truppenstellenden Länder sollen einen Modulplan erhalten, in dem genau festgelegt ist, welche Länder welche Brigademodule mit Truppen und Ausrüstung versehen.

Ein permanentes Planungselement soll den Kern der Brigade bilden. In ihm sollen alle SHIRBRIG-Nationen vertreten sein. Es soll den Aufbau der SHIRBRIG bis 1999 planen und überwachen und nach Indienststellung der Brigade auch die Vereinten Nationen bzw. das DPKO unterstützen oder beispielsweise im Auftrag des UNO-Generalsekretärs in Factfinding-Missionen eingesetzt werden.⁴²

40 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 17f.

41 Vgl. Striedinger: Truppenabkommen für die SHIRBRIG. Zur Österreichischen Verteidigungspolitik, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), 5/98, S. 549.

42 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 21.

Command and Control

Auf der Führungsebene sollen alle an der SHIRBRIG beteiligten Nationen repräsentiert sein. Sie sollen einen Brigadekommandeur und seinen Stellvertreter für den Zeitraum von zwei Jahren wählen. Die Brigade soll den standardisierten UNO-Führungsrichtlinien unterliegen. Somit bleiben die Truppen prinzipiell unter nationalem Befehl.

Nach Ansicht der Studie müssen die Kommandostrukturen mit jenen der Vereinten Nationen harmonisieren, damit die SHIRBRIG problemlos unter UNO-Kommando operieren kann. Sollte das SHIRBRIG-Hauptquartier vom Generalsekretär als späteres Missionshauptquartier vorgesehen sein, muß das zivile und militärische Führungspersonal der UNO reibungslos in das SHIRBRIG-Hauptquartier einzugliedern sein. Auch deshalb sind übereinstimmende Befehlsstrukturen und Arbeitsweisen zwischen den Vereinten Nationen und der SHIRBRIG von Bedeutung. Im Falle einer Entsendung soll die Brigade der (politischen) Führung des UNO-Generalsekretärs oder seines Sonderbeauftragten unterstellt werden. Die operative Kontrolle über alle Missionskräfte und somit auch über die SHIRBRIG übernimmt ein vom Generalsekretär für jede Mission neu zu bestimmender Force Commander. Ab dem Zeitpunkt des Eintreffens untersteht ihm die SHIRBRIG. Bei jeder Mission soll die Einsetzung des Brigadekommandeurs als Force Commander in Betracht gezogen werden, da die SHIRBRIG als erste Truppe am Einsatzort eintrifft. In diesen Fällen soll der stellvertretende Brigadekommandeur den direkten Befehl über die SHIRBRIG übernehmen. Er übt dann seine Befugnisse durch die *Command Group* (in der die Kommandeure der einzelnen Brigadeverbände vertreten sind) aus.⁴³

Die Studie fordert ferner, daß der Brigadekommandeur, sein Stellvertreter und der Chef des Stabes unterschiedlicher Nationalität sein müssen. Im Sinne einer kontinuierlichen Führung sollen sich die Kommandozeiträume dieser drei Befehlshaber überlappen. Die Führungsstellen sollen zwischen den Ländern rotieren, allerdings nicht während eines SHIRBRIG-Einsatzes. Für den Fall, daß sich eine SHIRBRIG-Nation

43 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 20f.

nicht an einer Mission beteiligt und ihr Vertreter einen Kommandeursposten innehat, müßte dieser im Einsatzgebiet durch einen anderen Staboffizier ersetzt werden. Die Führungsrichtlinien müßten für diese Eventualitäten flexible Regelungsmöglichkeiten enthalten.⁴⁴

Ausbildung

Der Brigadekommandeur ist für das Auftreten der SHIRBRIG im Peacekeeping-Einsatz verantwortlich. Deshalb obliegt ihm auch die Kontrolle der Ausbildung aller SHIRBRIG-Einheiten. Da die einzelnen Länderkontingente außerhalb von Missionseinsätzen in ihren jeweiligen Heimatländern stationiert sind, soll der Brigadekommandeur alle Truppenteile dort besuchen, um sich so ein Bild vom Ausbildungsstand der einzelnen Einheiten zu machen. Dabei soll er darauf achten, daß alle Einheiten auf einem gleich hohen Niveau sind.

Die Ausbildung hat sich an den eingangs erwähnten Peacekeeping-Aufgabenbereichen zu orientieren und muß mit den von den Vereinten Nationen empfohlenen Peacekeeping-Trainingsstandards kompatibel sein. Damit die SHIRBRIG als Einheit agieren kann, müssen die multinationalen Truppenteile auch zusammen üben. Die Zahl der Übungen soll von der Häufigkeit der SHIRBRIG-Entsendungen abhängen.⁴⁵

Entsendungszeitraum

Die SHIRBRIG soll als schnell verlegbare Peacekeeping-Truppe stets vor allen anderen Blauhelmkontingenten am Missionsort eintreffen und als erste auch das Missionsgebiet wieder verlassen, um schnellstmöglich für weitere Missionen verfügbar zu sein. Daher soll die Entsendungsdauer nicht mehr als sechs Monate betragen. Anschließend sollen die eingesetzten Truppen sechs Monate Zeit zur Regeneration erhalten.⁴⁶ Die Vereinten Nationen hätten dafür Sorge zu tragen, daß die SHIRBRIG

44 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 21.

45 Ebd., S. 22f.

46 Ebd., S. 15.

durch andere Blauhelmkontingente ersetzt wird, sollte eine Mission länger als sechs Monate dauern.⁴⁷

Reaktionszeit

Ziel ist es, die SHIRBRIG nach Mandatsbeschluß des UNO-Sicherheitsrates so schnell wie möglich zu entsenden. Deshalb soll mit konkreten Missionsplanungen auch schon während der Mandats-Beratungsphase des Sicherheitsrates begonnen werden. Die geplante Reaktionszeit von 15 bis 30 Tagen soll den Zeitraum umfassen, in dem:

- der UNO-Generalsekretär um eine Entsendung der Brigade nachfragt,
- die SHIRBRIG-Nationen über ihre Teilnahme entscheiden,
- die Brigade die letzten Entsendungsvorbereitungen trifft,
- der Verband an den Einsatzort verlegt wird.⁴⁸

Ausrüstung, Logistik und Transportkapazitäten

Laut Studie erfordert eine schnelle Verlegung und das Zusammenspiel einer multinationalen Brigade eine besondere Ausrüstung und besondere Transportkapazitäten. Die SHIRBRIG muß deshalb über ein mobiles Hauptquartier, mobile Kommunikationseinrichtungen und ein leicht verlegbares Feldlazarett verfügen. Die gepanzerten Fahrzeuge der Aufklärungskompanie wie der Infanterie- und Pionierbataillone müssen leicht transportierbar sein. Um eine reibungslose Zusammenarbeit zu gewähren und möglichst einheitliche Versorgungsanforderungen zu erreichen, muß die Ausrüstung der verschiedenen nationalen Kontingente so kompatibel wie möglich sein. Daher strebt die Studie eine einheitliche Grundausstattung aller Einheiten an. Dies betrifft vor allem den Kommunikationsbereich.⁴⁹ Auf die Logistik der SHIRBRIG kommen nach Ansicht der Studie besondere Herausforderungen zu. Da sie als erstes am Einsatzort einträte, bestünden dort keine UNO-eigenen Nachschubbasen. Zudem müsse man bei einer Missionsplanung davon

47 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 25.

48 Ebd., S. 14.

49 Ebd., S. 17ff.

ausgehen, daß das "Gastgeberland" nicht in der Lage oder willens sei, die Blauhelme zu versorgen. Außerdem könne man nie von einer funktionstüchtigen Infrastruktur am Missionsort ausgehen. Daher soll die SHIRBRIG in der Lage sein, sich über ihre gesamte Entsendungsdauer von maximal sechs Monaten komplett selbst zu versorgen. Um die Lasten zu verteilen, soll der Nachschub multinational organisiert werden und nur speziellen nationalen Bedürfnissen auch national nachgekommen werden. Daneben schlägt die Studie aber auch vor, einer Führungsmacht innerhalb der SHIRBRIG die Grundversorgung aller Einheiten zu übertragen. Der Logistikverband der SHIRBRIG soll überdies in der Lage sein, ein Zentrallager für die gesamte Mission aufzubauen und im Bedarfsfall auch andere Blauhelmkontingente mit Nachschub zu versorgen.⁵⁰ Den Transport ihrer Einheiten sollen alle SHIRBRIG-Nationen selbst vorbereiten. Die Pläne müssen jedoch der UNO zur Bestätigung vorgelegt werden, damit das Eintreffen der Truppen nach den Vorstellungen des Force Commanders erfolgt und die Vereinten Nationen letztlich auch die notwendigen Transportmittel anfordern können. Eine Absprache zwischen den SHIRBRIG-Nationen über den Umfang von Personal und Material und der dazu benötigten Transportkapazitäten hat vorab im permanenten Planungselement zu erfolgen, das auch für die Absprachen mit den Vereinten Nationen zuständig sein soll.⁵¹

Finanzierung

Zu diesen Absprachen gehören laut Studie auch die Regelungen über die Aufwandsentschädigungen. Grundsätzlich gelten für die SHIRBRIG-Teilnehmer die üblichen Finanzregelungen zwischen der UNO und ihren Mitgliedstaaten: Die SHIRBRIG-Staaten erhalten von der UNO eine Aufwandsersatzung für die bereitgestellten Personen und die Ausrüstung sowie für die anfallenden Transportkosten.

Die Finanzregelungen der UNO sehen auch vor, daß die Standby-Kontingente in den Ruhezeiten grundsätzlich von den teilnehmenden Län-

50 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 23ff.

51 Ebd., S. 25.

dern des SAS zu bezahlen sind. Diesbezüglich fordert die Studie jedoch eine Änderung in Bezug auf die SHIRBRIG. Argumentiert wird, die ständige Bereithaltung der SHIRBRIG, verbunden mit den häufigen gemeinsamen Übungen der verschiedenen SHIRBRIG-Nationen, würde die Entsendestaaten mit viel höheren Kosten konfrontieren als die Staaten im regulären SAS. Daher sollten die Vereinten Nationen alle Ausgaben übernehmen, die über die normalen SAS-Kosten hinausgehen. Seien die Vereinten Nationen nicht in der Lage, diese Kosten zu übernehmen, sollten sie von den SHIRBRIG-Nationen gemeinsam getragen werden. Über die Kosten, die von den Vereinten Nationen bestritten werden, soll zwischen den SHIRBRIG-Nationen und der UNO ein Memorandum of Understanding unterzeichnet werden. Über die Lastenverteilung innerhalb der SHIRBRIG soll zwischen den Teilnehmern noch verhandelt werden, wobei Staaten, die durch besondere Aufgaben oder als Gastgeber besonders hohe Kosten zu tragen haben, bei der Festlegung der Grundbeiträge entlastet werden sollen.⁵²

3.3 *Entwicklung der SHIRBRIG-Idee seit 1995*

13 Nationen waren an der Ausarbeitung der Studie beteiligt. Eineinhalb Jahre später kamen mit Österreich, Kanada, Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Polen und Schweden sieben der 13 Staaten überein, die SHIRBRIG-Pläne in die Tat umzusetzen und unterzeichneten ein MoU, mit dem sie die Errichtung des in der Studie angesprochenen Planungselements beschlossen.⁵³ Ein halbes Jahr später, im September 1997, gab auch UNO-Generalsekretär Kofi Annan dem SHIRBRIG-Konzept den Segen der Vereinten Nationen und stellte einen SHIRBRIG-Planungsstab (gleichzusetzen mit dem Planungselement) mit Sitz in Kopenhagen offiziell in Dienst.⁵⁴

Mittlerweile beteiligen sich auch Argentinien, Finnland, Italien, Rumänien und Jordanien am Aufbau der SHIRBRIG oder haben zumindest konkrete Truppenangebote gemacht. Belgien, Irland, Portugal und die Türkei besitzen einen Beobachterstatus. Diesen sollen in Kürze auch

52 Vgl. dänische Studie, a.a.O. (Anm. 34), S. 27.

53 Vgl. Striedinger, a.a.O. (Anm. 41), S. 549.

54 Vgl. Eisele, 1998, a.a.O. (Anm. 13), S. 5.

Bulgarien, die Slowakei, Slowenien und Ungarn erhalten. Diese Fakten

sprechen für eine große Akzeptanz des SHIRBRIG-Konzepts in Europa und über Europas Grenzen hinaus.

Der SHIRBRIG-Planungsstab hat bereits Zusagen für:

- 2 Stabskompanien,
- 4 Infanteriebataillone
- 2 Infanteriekompanien
- 1 Aufklärungskompanie
- 2 Pionierbataillone
- 2 Pionierkompanien
- 1 Logistikkompanie
- 1 Feldlazarett
- 4 Transporthelikopter

Um die SHIRBRIG operationsfähig zu machen, bedarf es aber noch einer weiteren Aufklärungskompanie, einer Pionierkompanie, mehrerer Logistikkompanien, eines weiteren Feldlazaretts sowie Militärpolizeieinheiten. Die volle Einsatzbereitschaft soll im Jahr 2000 erreicht sein. Für 1999 sind bereits mehrere Übungen der SHIRBRIG vorgesehen.

4. Bilanz der Entwicklung im Peacekeeping-Standby-Bereich

Seit Gründung des SAS im Jahre 1994 haben über 80 UNO-Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft zur Teilnahme signalisiert und über 104.000 Soldaten und zivile Experten angeboten. Trotz des schweren Rückschlages für das SAS während der Ruanda-Krise 1994 wurde von den Vereinten Nationen an diesem Konzept festgehalten und das System weiter ausgebaut. Dazu gehören u.a. die genaue Erfassung der Kontingentangaben, monatliche Treffen zwischen UNO-Vertretern und truppenstellenden Staaten und einheitliche Trainingspläne für Peacekeeping-Truppen. Daß das SAS funktionieren kann, zeigt die schnelle Entsendung der UNMIH (Haiti) und der UNTAES (Ostslawonien) im Jahre 1996.

Neben den allgemeinen Verbesserungen des SAS wurde mit dem momentan stattfindenden Aufbau der SHIRBRIG ein weiterer bedeutsamer Schritt in Richtung einer schnelleren und effektiveren Reaktion der UNO im Rahmen des Peacekeeping getan. Im SHIRBRIG-Konzept wurden die wichtigsten operativen und politischen Rahmenbedingungen für den Einsatz einer schnell entsendbaren Peacekeeping-Truppe klar definiert. Dabei wurde darauf geachtet, daß die Vorgaben auch umsetzbar sind und die Teilnehmerstaaten in materieller, personeller und sicherheitspolitischer Weise nicht überfordern. Für die breite Akzeptanz des SHIRBRIG-Konzepts bei einer Vielzahl von Ländern sprechen die verbindlichen Truppenzusagen von zwölf Staaten und das offizielle Interesse an der SHIRBRIG von acht weiteren Staaten. Wie sich die SHIRBRIG in der Realität bewährt, wird man frühestens ab dem Jahr 2000 beurteilen können, wenn die SHIRBRIG ihre volle Einsatzbereitschaft erlangt hat.

Im Hinblick auf eine deutsche Beteiligung am Peacekeeping Standby-"Wesen" der Vereinten Nationen sollte die SHIRBRIG aufgrund ihres durchdachten und erfolversprechenden Konzepts als Empfänger deutscher Truppen - neben dem allgemeinen SAS - auf jeden Fall in Betracht gezogen werden. Ein deutscher Beitrag zum SAS oder zur SHIRBRIG wird im nächsten Abschnitt beschrieben.

5. Der deutsche Beitrag zum SAS

Mit dem Antritt der neuen Bundesregierung scheint sich ein Wandel in den Beziehungen Deutschlands zu den Vereinten Nationen zu vollziehen. Die Ankündigung der Bereitstellung von Standby Forces für Peacekeeping-Missionen der UNO ist eine klare Abkehr von der Haltung der vorherigen Bundesregierung; wobei man anerkennen muß, daß zumindest das Auswärtige Amt auch bisher schon zu einem größeren deutschen Engagement im Bereich der Friedenssicherung bereit gewesen ist. Als Deutschland 1995 seinen nicht-ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat einnahm, kündigte der deutsche UNO-Botschafter Henze in einem vorab im Sicherheitsrat verteilten Redemanuskript sogar an,

Deutschland würde den Vereinten Nationen in Kürze Soldaten aller Waffengattungen anbieten. Auf Druck des Verteidigungsministeriums mußte diese Passage aus der eigentlichen Rede jedoch gestrichen und die Rücknahme des Angebots damit begründet werden, daß aufgrund der aktuellen Umstrukturierung der Bundeswehr im Moment keine konkreten Zahlen genannt werden könnten. Grundsätzlich unterstütze man aber das Konzept des UN-SAS. Bundesverteidigungsminister Rühle machte in der Heimat aber keinen Hehl aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem deutschen Standby-Beitrag und sagte (wohl in Richtung Auswärtiges Amt): "Wer am Verteidigungsminister vorbei über Soldaten verfügen will, dem wünsche ich viel Vergnügen."⁵⁵

Auch zwei Jahre später, 1997, hatte sich die skeptische Haltung der Bundesregierung gegenüber einem deutschen Beitrag zu Friedensmissionen der Vereinten Nationen nicht geändert. In einer Antwort auf eine große Anfrage der SPD-Fraktion stellte die Bundesregierung im Bundestag einerseits zwar klar, die *Agenda for Peace* und deren *Supplement* als wegweisende Grundsatzdokumente für die Weiterentwicklung der Methoden der Friedenssicherung anzusehen; andererseits war sie aber weiterhin nicht bereit, Soldaten im Sinne des Artikels 43 der UNO-Charta für Maßnahmen der Friedenserzwingung zur Verfügung zu stellen, oder auch Boutros-Ghalis Forderung nach einer Bereitstellung von *Rapid Reaction Forces* für Peacekeeping-Missionen nachzukommen. Auf der Tagungsordnung stand ihrer Meinung nach lediglich die Verbesserung des bestehenden SAS, ohne sich auf einen deutschen Beitrag an Standby Forces festzulegen.⁵⁶

Nun hat sich die deutsche Haltung laut Koalitionsvereinbarung und diverser Aussagen von Verteidigungsminister Scharping⁵⁷ geändert, wobei man derzeit weder aus dem Auswärtigen Amt noch aus dem Verteidigungsministerium konkrete Auskunft über das Profil deutscher Standby Forces bekommen kann. Im Vordergrund steht dort immer

55 Zitiert in: Thomas Schuler: Probezeit. Deutschland im Sicherheitsrat (1995/96), in: VN. Zeitschrift der Vereinten Nationen, 1/1997, S. 6.

56 Vgl. Wolfgang Ehrhart: Deutscher Bundestag: Große Anfrage zur Reform der Vereinten Nationen, in VN. Zeitschrift der Vereinten Nationen, 5/1997, S. 185.

57 Vgl. Thomas Baumeister: Mehr für die UNO, in: loyal. das deutsche wehrmagazin, 1/Januar 1999, S. 9.

noch die allgemeine Umstrukturierung der Bundeswehr.

Nichtsdestotrotz kann diese Arbeit zumindest ein mögliches Profil deutscher Standby-Truppen entwickeln. Der Vorschlag orientiert sich dabei:

- an Beispielen von Standby Arrangements, die andere NATO-Staaten mit der UNO bereits abgeschlossen haben,
- an Erfahrungen bisheriger deutscher Friedensmissionen im Auftrag der UNO,
- am aktuellen SAS-Stand, d.h. der Übersicht über die materiellen und personellen Ressourcen, die den Vereinten Nationen derzeit zur Verfügung stehen,
- am Anforderungsprofil der SHIRBRIG.

5.1 SAS-Beiträge anderer NATO-Staaten

Von den NATO-Staaten haben bisher Dänemark, die Niederlande und Italien den Vereinten Nationen Standby-Truppen vertraglich angeboten. Die Politik dieser Staaten sollte als Vorbild für einen deutschen Beitrag dienen. Eine Forderung nach deutschen Truppen und hochwertiger Ausrüstung sollte sich schließlich daran orientieren, was andere NATO-Staaten (trotz kleinerer Wehretats und Truppenstärken) zu leisten in der Lage sind. Die oftmals schlecht ausgerüsteten Infanterieeinheiten vieler Entwicklungsländer können diesbezüglich kein Vorbild sein.

Zum Vergleich der drei NATO-Staaten mit Deutschland soll in Tabelle 1 zunächst eine Statistik über den für 1999 geplanten Wehretat und die derzeitige Sollstärke der einzelnen Streitkräfte herangezogen werden.

Tabelle 1⁵⁸

	Dänemark	Niederlande	Italien	Deutschland
Wehretat 1999	\$ 2,6 Mrd.	\$ 6,8 Mrd.	\$ 17,8 Mrd.	\$ 26,4 Mrd.
Aktive	32.100	57.180	298.400	333.500

58 Vgl. IISS: The Military Balance 1998/99, The International Institute for Strategic Studies, Oxford Press, London, Oktober 1998. Ländervergleich: DK: S. 48-49; NL: S. 60-62; I: S. 58-60; und D: S.53-55.

Streitkräfte				
Heer	22.900	27.000	165.600	230.600
Luftwaffe	5.500	11.980	63.600	76.200
Marine	3.700	13.800	40.000	26.700

Vergleicht man diese Daten, so sollte Deutschland zumindest nicht mit dem Hinweis auf fehlende Ressourcen einen substantiellen Standby Forces-Beitrag verweigern können. Sollten im deutschen Wehretat die Mittel für die Bereitstellung und den schnellen Transport deutscher Blauhelme fehlen, müßte bei der Umstrukturierung der Bundeswehr das Ziel der weltweiten Friedenserhaltung unter Führung der Vereinten Nationen stärker in die strategischen Vorgaben deutscher Sicherheitspolitik einbezogen werden. Die Streitkräftereform der Niederlande, die eine schwerpunktmäßige Ausrichtung der Streitkräfte auf die Teilnahme an friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen sowie an humanitären Einsätzen vorsieht, könnte dafür als Beispiel dienen.⁵⁹

Vergleich der SAS-Beiträge

1995 vereinbarte Dänemark als zweites Land mit den Vereinten Nationen ein Memorandum of Understanding über Standby-Blauhelme. Mittlerweile enthält das *dänische SAS-Kontingent*:

- 1 leichte Aufklärungseinheit
- 1 elektronische Aufklärungseinheit
- die *Danish International Brigade* (DIB), eine speziell für internationale Friedensmissionen konzipierte mechanisierte Infanteriebrigade

59 Der Reform liegt die zutreffende Annahme zugrunde, nach dem Ende des Kalten Krieges gebe es die Gefahr eines großangelegten strategischen Angriffes gegen Westeuropa nicht mehr. Gefahr bestünde für Westeuropa nur noch durch die mögliche Ausweitung regionaler Krisen in Osteuropa, Südosteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Der Sicherheitsbegriff der Reform orientiert sich nun verstärkt an politischen, sozio-ökonomischen und humanitären Entwicklungen in den Regionen und Ländern mit hohen Konfliktpotentialen. Daher gilt der klassische Verteidigungsauftrag als unwahrscheinlich. In den Vordergrund rücken Operationen im Rahmen weltweiten Krisenmanagements, eben die Teilnahme an friedensschaffenden und friedenserhaltenden Aktionen der UNO oder der OSZE. Zur Streitkräftereform der Niederlande vgl. Roland Kaestner: Die Reform der Streitkräfte der USA, Frankreich, Großbritannien und der Niederlande, in: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 67, 9/98, S. 30f.

mit Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 A4, Aufklärungspanzern vom Typ Mowag Eagle, gepanzerten Truppentransportern vom Typ Piranha III⁶⁰, einem Feldlazarett und zusätzlichen Logistikeinheiten

- 1 Staffel F-16 Kampfflugzeuge
- 1 Hawk FlaRak-Kompanie
- 1 Gulfstream G3-Patrouillenflugzeug

- 1 Korvette
- 1 Minenlegboot
- 7 Schnellboote
- 1 Schnellboot mit Minenjagd-Konfiguration
- 2 Fregatten
- 1 U-Boot

Das dänische Kontingent umfaßt rund 7.500 Soldaten (Heer 6.000, Luftwaffe 300, Marine 1.200). Die Truppen können innerhalb von zehn bis 15 Tagen entsandt werden, der Stab und die Hauptquartierskompanie sogar binnen fünf bis sieben Tagen.⁶¹

Das der UNO bereits 1994 angebotene *niederländische Kontingent* umfaßt:

- 1 Hauptquartier
- 1 Infanteriebataillon
- 1 Pionierkompanie
- 1 Militärpolizeieinheit

- 1 Staffel F-16 Kampfflugzeuge
- 2 F-27 Kampfflugzeuge

- 2 Marineinfanteriebataillone
- 2 Fregatten
- 2 Minensuchboote

60 Vgl. Peter Viggo Jakobsen, The Danish Approach to UN Peace Operations after the Cold War. A New Model in the Making?, in: International Peacekeeping, Vol. 5, Autumn 1998, No. 3, S. 110.

61 Vgl. Jakobsen, a.a.O. (Anm. 58), S. 110.

- 1 Patrouillenflugzeug

Zusätzlich bieten die Niederlande der UNO Bombenräumexperten, Militärbeobachter und Stabsoffiziere an.⁶²

Die Entsendungs-Reaktionszeit soll für Einzelpersonen eine Woche und für ganze Einheiten 15 Tage betragen. Weitere Einheiten, die nicht in der Anlaufphase benötigt werden, sollen nach 30 Tagen am Einsatzort sein.

Des weiteren sieht die niederländische Streitkräftereform vor, daß niederländische Friedenstruppen künftig in der Stärke von je einem Bataillon, zwei Fregatten oder einer Staffel Jagdflugzeuge in der Lage sein müssen, gleichzeitig an vier friedensstiftenden UNO- oder OSZE-Operationen teilnehmen und diese Missionen auch mindestens drei Jahre lang durchhalten zu können. In diesem Zusammenhang wird auch eine Abschaffung der Wehrpflicht gefordert, da anderenfalls die friedensschaffenden Kampfaufträge außerhalb des NATO-Gebietes nicht durchzuführen seien.⁶³

Ein 1997 mit den Vereinten Nationen geschlossenes MoU sieht das folgende *italienische SAS-Kontingent* vor:

- 1 mechanisiertes Infanteriebataillon in einer Stärke von 950 Soldaten
- 2 leichte Infanteriebataillone à 850 Soldaten
- 2 Nachrichteneinheiten
- 2 Pioniereinheiten
- 1 Nachschubbataillon in einer Stärke von 2.100 Mann mit Aufklärungs- und Mehrzweckfahrzeugen, Kränen und Bergungsfahrzeugen sowie einer Feldhospitaleinheit

Um deren strategischen Transport zu gewährleisten, verfügt das italienische Kontingent auch über:

- 2 amphibische Transporter
- 2 Begleitfregatten

62 Vgl. niederländische Studie, a.a.O. (Anm. 20), S. 10f.

63 Vgl. Kaestner, a.a.O. (Anm. 57), S. 30f.

- 8 C-130 Transportflugzeuge
- eine "signifikante" Anzahl von Hubschraubern⁶⁴

Insgesamt umfaßt der italienische Beitrag rund 5.000 Soldaten. Die Bodentruppen sollen innerhalb von 30 Tagen, das Logistikbataillon innerhalb von 45 Tagen vor Ort sein. In Erwägung gezogen wird außerdem die Bereitstellung von Minenräumeinheiten, zivilen Polizisten und anderen zivilen Spezialisten.⁶⁵

Trotz der materiell und personell bedeutsamen Beiträge dieser drei NATO-Länder wies der Personal- und Materialpool der Vereinten Nationen Ende 1998 in einigen Funktionsbereichen noch immer große Defizite aus. Der Großteil der 104.300 Personen im SAS-Pool rekrutiert sich immer noch aus Infanteristen. Nach wie vor beklagt die UNO eine Ressourcenknappheit in den Bereichen Hauptquartiers-Unterstützung, Kommunikation, Pionierwesen, Logistik, Lufttransport, Seetransport, zivile Polizei und medizinische Versorgung. Auf diesen Feldern wäre ein deutscher Beitrag hilfreich.

Konkrete Anforderungen an Deutschland könnten sich ergeben, wenn es sich der SHIRBRIG anschließen sollte. Die SHIRBRIG-Studie wies bereits darauf hin, daß in bestimmten Arbeitsbereichen, in denen Spezialisten gebraucht werden, nationale Kontingente die Führung übernehmen könnten. Aufgrund der (im folgenden Abschnitt beschriebenen) praktischen Erfahrungen, die Deutschland bislang bei Friedensmissionen gemacht hat, bietet sich ein deutscher Beitrag im medizinischen Bereich besonders an.

5.2 *Bisherige deutsche Beiträge und Erfahrungen im Rahmen von Friedensmissionen mit UNO-Mandat.*

- 1989 schickte die Bundesrepublik Deutschland Bundesgrenzschutzbeamte (für CIVPOL) und Wahlbeobachter im Rahmen der

64 Vgl. Stefano Grassi: The Italian Contribution to the UN's Stand-by Arrangements System, in: International Peacekeeping, A Frank Cass Journal, Vol. 5, Spring 1998, Nr. 1, S. 113.

65 Vgl. Grassi, a.a.O. (Anm. 62), S. 114.

UNTAG-Mission nach Namibia.

- 1989 wurden zudem auch Wahlbeobachter, Menschenrechtsexperten und Ärzte im Rahmen von ONUCA, ONUSAL, ONUVEN und ONUVEH nach Lateinamerika entsandt.
- 1990/91 entsandte die Bundesmarine mit einem UNO-Mandat während und nach der Golfkrise Minensuchschiffe ins Mittelmeer und den Persischen Golf; flogen Transporthubschrauber der Luftwaffe Hilfsgüter zu den Kurden im Nordirak und brachten Heeresflieger UNSCOM-Inspektoren in den Irak.
- 1991 wurden Sanitätssoldaten zur ärztlichen Versorgung der Teilnehmer von UNAMIC und UNTAC (Kambodscha) entsandt.
- Der umfangreichste deutsche Beitrag zu Friedensmissionen der Vereinten Nationen aber wurde 1992 im Rahmen von UNOSOM-II in Somalia geleistet. Die 1.700 Blauhelme übernahmen überwiegend humanitäre Aufgaben, da ihr eigentlicher Auftrag, die Unterstützung indischer Blauhelmeinheiten, entfiel, nachdem die Inder nicht eintrafen.⁶⁶ Dies war zugleich der erste Einsatz regulärer deutscher Soldaten in einer Peacekeeping-Mission.
- Seit 1993 befinden sich deutsche Militärbeobachter in Georgien (UNOMIG).⁶⁷
- Seit 1995 sind 165 deutsche Polizisten im Rahmen von UNMIBH in Bosnien-Herzegowina im Einsatz und stellen damit von den 1.976 Polizisten den zweitgrößten nationalen Anteil.⁶⁸
- Darüber hinaus versehen über 3.000 deutsche Soldaten seit 1995 ihren Dienst im von den Vereinten Nationen mandatierten und von der NATO geleiteten IFOR/SFOR-Einsatz in Bosnien-Herzegowina.⁶⁹

Im Verlauf dieser Missionen konnte die Bundeswehr wichtige Informationen sammeln, die in die Zusammenstellung deutscher Standby Peace-

66 Vgl. Hans-Georg Ehrhart/Konrad Klingenburg: Was heißt Peacekeeping?, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 15, Mai 1994, S. 9f.

67 Vgl. Weed Report zur deutschen UNO-Politik: UN-williges Deutschland, in: Eine Welt, Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1997, S. 35f.

68 Vgl. UNMIBH Profile and Summary of Troop Contributors to Peacekeeping Operations as of 31 October 1998, auf Internet-Seiten des DPKO der UNO in New York.

69 Vgl. Weed Report, a.a.O. (Anm. 65), S. 35.

keeping Forces mit Sicherheit eingehen werden.

Da die Bundeswehr in diesen Missionen Personal in den von der UNO als unterbesetzt bezeichneten Funktionsbereichen Logistik, Pionierwesen, Lufttransport, zivile Polizei und medizinische Versorgung einsetzte, sollte eine Eingliederung dieser Einheiten in den deutschen Standby Pool in Betracht gezogen werden.

Als besonders erfolgreich gilt der Einsatz des deutschen Sanitätsverbandes im Rahmen der SFOR-Mission. Beim Aufbau der Sanitätseinheit, bestehend aus zwei Klinik- und Stabs/Versorgungskompanien bzw. zwei Sanitäts- und *Medical Evacuation* (MedEvac)-Kompanien (zur Bergung von Verwundeten) konnte auf Erfahrungen der Kambodscha- und Somalia-Einsätze zurückgegriffen werden, die sich auch in den "Fachlichen Leitlinien für sanitätsdienstliche Versorgung von Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz" von 1995 niederschlugen.⁷⁰

In Bosnien ist eines der beiden neu aufgestellten Einsatzlazarette der zentralen Sanitätsdienststelle der Bundeswehr im Einsatz. Das Grundmodul dieses Lazaretts besteht in dem *Mobile Army Surgical Hospital* (MASH), das während der Somalia-Mission erstmals zum Einsatz gekommen war. Dieses Grundmodul kann um weitere 60 Container und 80 Zelte zu einem "Akutkrankenhaus" ausgebaut werden. (Da man in Bosnien aber auf Gebäude zurückgreifen konnte, wurden nicht alle verfügbaren Container und Zelte benötigt). Das Akutkrankenhaus ist mit Bundeswehrkrankenhäusern in Deutschland vernetzt, so daß auch Telemedizin betrieben, d.h. für komplizierte therapeutische Probleme weiterer Expertenrat aus der Heimat hinzugezogen werden kann.⁷¹

Zu 80 Prozent besteht das Lazarettpersonal in Bosnien aus dem Klinikpersonal des Bundeswehrkrankenhauses in Koblenz. Der Einsatz eines aufeinander eingespielten Teams erleichterte ein reibungsloses Arbeiten und damit auch die problemlose Integration medizinischer Teams aus

70 Vgl. Generaloberstabsarzt Dr. Karl W. Demmer, Inspekteur des Sanitätsdienstes: Erfahrungen mit dem sanitätsdienstlichen Einsatzkonzept im ehemaligen Jugoslawien, in: Europäische Sicherheit. Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik, 47. Jahrgang, Nr. 12, Hamburg, Dezember 1998, S.7f.

71 Ebd., S. 10f.

anderen Bundeswehrstandorten. Seit Juni 1998 ist Deutschland die *Lead-Nation* im klinischen Bereich; das deutsche Lazarett fungiert als *Theatre-Einrichtung* der SFOR. Der Inspekteur des Sanitätsdienstes Dr. Lemmer attestiert der Arbeit der deutschen Mediziner eine hohe Wertschätzung seitens der Bündnispartner und weist auf die "hervorragende Kooperation" mit den verschiedenen nationalen Sanitätsdiensten hin, die für den Krankentransport ihrer Soldaten verantwortlich sind.⁷² Aufgrund dieser Erfahrung und der hohen technischen Ausstattung des mobilen Krankenhauses ist Deutschland prädestiniert, die Rolle der Lead-Nation im medizinischen Bereich auch in der SHIRBRIG zu übernehmen.

Daneben könnte Deutschland seine medizinischen Leistungen auch für das SAS der Vereinten Nationen anbieten. Dies wäre ein sinnvoller Beitrag. Er trüge zur Verringerung bestehender SAS-Defizite bei und entspräche in seiner Qualität auch den Anforderungen, die an eine führende Industrienation gestellt werden können. Im folgenden sollen weitere Vorschläge für deutsche Standby-Kontingente unterbreitet werden, die sich an den oben beschriebenen Defiziten des SAS und den von anderen NATO-Staaten bereits geleisteten Beiträgen orientieren.

Vorweg sollte erwähnt werden, daß Deutschland bereits im Juli 1998 den Vereinten Nationen im Rahmen eines MoU einige zivile Standby-Komponenten angeboten hat. Dabei handelt es sich um:

- ein *Medical Start-up Kit* des Malteser Hilfsdienstes Köln, dem zehn zivile Ärzte und Sanitäter angehören,
- zwei zivile Minenräumteams à fünf Mann einer deutschen Privatfirma und
- zwei Post-Traumata-Behandlungsteams, denen zivile Psychologen und Geistliche angehören.

5.3 *Vorschlag eines deutschen Standby-Beitrages*

Über diese zivilen Komponenten hinaus sollte Deutschland aus den fol-

72 Ebd., S. 8.

genden Optionen für Peacekeeping-Kontingente eine Auswahl treffen und sie der UNO oder direkt der SHIRBRIG anbieten:

Beitrag des Bundesgrenzschutzes und der Bundesländer:

- Zivile Polizeieinheiten

Mit der Entsendung der ersten Grenzschutzbeamten in die CIVPOL der UNTAG-Mission 1989 haben von allen deutschen Friedenstruppen die Polizeieinheiten bisher die größten Erfahrungen in UNO-Missionen sammeln können. Das umfangreiche Polizeikontingent im Rahmen der UNMIBH deutet auch auf ein anhaltendes deutsches Engagement in diesem Bereich hin. Diese beiden Aspekte stellen eine gute Grundlage für den Aufbau eines deutschen Polizei-Standby-Pools dar, der aufgrund des Mangels an UNO-Standby-Polizisten (sämtliche 1.400 Polizisten des SAS-Pools sind derzeit im UNO-Einsatz) auch dringend benötigt wird.

Möglicher Beitrag der Bundeswehr

Beitrag des Heeres

- Hauptquartiereinheiten
- Nachschubeinheiten
- Fernmeldeeinheiten
- Pioniereinheiten
- ABC-Abwehrtruppen (zur Aufbereitung von Trinkwasser)
- Sanitäts- und MedEvac-Einheiten, Feldlazarett, Akutkrankenhaus
- Heeresfliegereinheiten mit Transporthubschraubern
- Luftaufklärungseinheiten mit Drohnen

Das Weißbuch von 1994 sah bereits zwei Heeresbrigaden als Leitverbände für UNO-Missionen vor, um bis zu zwei UNO-Bataillone einsetzen zu können. In diese Bataillone sollten auch Kontingente anderer Truppengattungen einbezogen werden, wenn der Aufgabenbereich einer UNO-Mission dies verlangt.⁷³ Dieser Ansatz ist mittlerweile durch

73 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Der Beitrag des Heeres zu Friedensmis-

Überlegungen ersetzt worden, sogar die Krisenreaktionskräfte, die vor allem schwere mechanisierte Brigaden umfassen und deren Hauptaufgabe die Landes- und Bündnisverteidigung sowie multilaterales Krisenmanagement im Rahmen der NATO und der WEU ist, *potentiell* auch für UNO-Missionen zu verwenden.⁷⁴

Beitrag der Luftwaffe

- Lufttransporteinheiten mit Hubschraubern und Flugzeugen
- Luftaufklärungseinheiten mit Flugzeugen

Beitrag der Marine

- Transporteinheiten mit Schiffen
- Minenabwehreinheiten mit Minensuchbooten
- Marinefliegereinheiten mit Patrouillenflugzeugen

All diese Einheiten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine waren schon im Rahmen von UNO-Missionen im Einsatz und müßten aufgrund der dabei gemachten Erfahrungen auch kurz- bis mittelfristig in das SAS einzugliedern sein.

Sollten der Bundesregierung oder der Führung der Bundeswehr die Funktionsbereichsvorgaben des SAS für eine genaue Festlegung bestimmter Truppenteile als Standby-Truppen zu ungenau sein, sei nochmals auf die SHIRBRIG hingewiesen, deren Brigadeprofil genaue Anforderungs-Aussagen an die truppenstellenden Länder ermöglicht. Da im SHIRBRIG-Führungsstab eine Repräsentation aller beteiligten Nationen zugesichert wird, wäre zudem eine kontinuierliche Einflußnahme der Bundeswehr auf die Verwendung ihrer Truppen im multinationalen Rahmen gewährleistet. Dies träfe um so mehr zu, wenn der

sionen der Vereinten Nationen und zu humanitären Hilfsleistungen, in: Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn 1994, S. 115.

74 Vgl. Hans-Georg Erhart: Deutschland, die UN und die Herausforderung der Friedenssicherung, in: Hans-Georg Erhart/Konrad Klingenburg: UN-Friedenssicherung 1985-1995, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1996.

SHIRBRIG-Kommandeur auch das Force Kommando in einer UNO-Mission übernehme, wovon des öfteren auszugehen ist, da die SHIRBRIG aufgrund ihrer schnellen Entsendbarkeit in der Regel die erste Truppe sein wird, die am Einsatzort eintrifft, und das SHIRBRIG-Hauptquartier auch so aufgebaut sein wird, daß es zum Missionshauptquartier ausgebaut werden kann.

Die guten Beziehungen Deutschlands zu den SHIRBRIG-Staaten Kanada, Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen und Schweden und die vielen bisher geleisteten gemeinsamen Übungen mit Truppen dieser Nationen versprechen zudem eine reibungslose Eingliederung deutscher Blauhelme in diese multinationale Einheit.

Die oben aufgeführten Vorschläge zum deutschen SAS-Beitrag dürften relativ problemlos in kurzer Zeit umsetzbar sein; dem entspricht auch die Tatsache, daß Verteidigungsminister Scharping vermutlich schon Ende April diesen Jahres dem UNO-Generalsekretär Kofi Annan bei dessen Deutschlandbesuch einschlägige Zusagen über die Bereitstellung eines deutschen Kontingents machen wird.⁷⁵

5.4 *Deutsches Engagement in "robustem" Peacekeeping*

Möglicherweise orientiert sich der von Scharping angebotene deutsche SAS-Beitrag sogar so stark an dem niederländischen Standby-Modell, daß er auch schwerer bewaffnete Blauhelme vorsieht, die für das sogenannte "robuste" Peacekeeping geeignet sind, einer Variante, die dem Einsatz von Waffengewalt gegenüber dem traditionellen Peacekeeping eine bedeutendere Rolle beimißt. Der Einsatz von Waffen im Rahmen von Peacekeeping-Missionen kann sich in den Fällen als geboten erweisen, in denen sich die Konfliktparteien nicht mehr an die zuvor mit den Vereinten Nationen getroffenen Vereinbarungen halten, die Blauhelme massiv an der Umsetzung ihres Mandats hindern oder sie gar als uner-

⁷⁵ Vgl. Baumeister 1/99, S. 9.

Laut dpa bot Verteidigungsminister Scharping bereits Mitte März bei einer Amerika-Reise dem UNO-Generalsekretär Kofi Annan Fernmeldaufklärer, Feldjäger, Pionier- und Transportkapazitäten, Logistik- und Stabseinheiten an (Vgl. Frankfurter Rundschau vom 15. 03. 1999). Auf Nachfrage im Verteidigungsministerium konnten dort jedoch mit dem Hinweis auf weiteren Gesprächs- und Planungsbedarf innerhalb der Bundesregierung keine konkreten Angaben zu einem möglichen deutschen SAS-Beitrag gemacht werden.

wünschte Interventen betrachten. Dies geschieht vor allem im Kontext von Peacekeeping-Missionen zur Regelung innerstaatlicher Konflikte, in denen Teile der Konfliktparteien keine Völkerrechtssubjekte sind, somit auch nicht an Friedensverhandlungen teilgenommen haben und sich nicht an internationales Recht, Genfer Konventionen oder Waffenstillstandsvereinbarungen halten: So fühlten sich etwa während des UNOSOM-Einsatzes in Somalia einige Clans nicht an die Waffenstillstandsabmachungen gebunden, da sie zuvor nicht an den Friedensverhandlungen teilgenommen hatten. Daß sich auch offizielle Verhandlungspartner nicht an ihre Zusagen halten, haben die Ereignisse während der Peacekeeping-Missionen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina gezeigt, als Hilfskonvois der UNO blockiert und UNO-Schutz-zonen bombardiert und erobert wurden. Während aber der Versuch der gewaltsamen Entwaffnung der Clans in Somalia durch US-Ranger in einer Eskalation der Gewalt und schließlich im Abbruch der Mission endete, verweist der ehemalige beigeordnete Generalsekretär für Planung und Unterstützung der UNO-Friedenseinsätze, Manfred Eisele, auf positive Beispiele des "robusten" Peacekeeping in Bosnien-Herzegowina. Laut Eisele zeigte die Maßnahme der Dänen Wirkung, ihre Blauhelme im Raum Tuzla mit "Leopard 1"-Kampfpanzern auszurüsten. Durch diese demonstrative Verstärkung hätten sie Angriffe auf die unter ihrem Schutz fahrenden Hilfskonvois erfolgreich abgewehrt bzw. überhaupt verhindert. Eisele meint sogar, die später aufgestellte Schnelle Eingreiftruppe aus britischen, französischen und niederländischen Soldaten hätte maßgeblich an der Bereitschaft der Konfliktparteien zur Aufnahme der Friedensverhandlungen von Dayton mitgewirkt.⁷⁶

Laut Eisele hat sich zudem die 1996 vom UNO-Sicherheitsrat beschlossene UNTAES-Mission in Ostslawonien als erste für "robustes" Peacekeeping konzipierte Mission voll bewährt. Das 5.100 Blauhelme starke UNTAES-Kontingent bestand aus Panzerbataillonen, verstärkten Panzergrenadierbataillonen, Kampfhubschraubern, Artillerie und Pionieren und verfügte nach Eisele somit über ein ausreichendes Potential zur "Friedenserhaltung durch Abschreckung"⁷⁷. 1998 konnte es nach rei-

76 Vgl. Eisele 1998, a.a.O. (Anm. 13), S. 3.

77 Ebd.

bungsloser Umsetzung des Peacekeeping-Mandats wieder abgezogen werden. Eisele sieht dieses Beispiel als richtungweisend für künftige Peacekeeping-Missionen an.

Welche Voraussetzungen müßten erfüllt sein, damit das positive Ergebnis des "robusten" UNTAES-Einsatzes auch in weiteren Peacekeeping-Missionen wiederholt werden kann? Zunächst gilt es, den Begriff des "robusten" Peacekeeping, den Eisele benutzt, zu definieren: "Robustes" Peacekeeping muß klar von Peace enforcement abgegrenzt werden, da Peacekeeping (auch wenn es robust sein soll) eine qualitativ und quantitativ völlig andere Dimension als Peace enforcement besitzt. Peace enforcement ist die gewaltsame Durchsetzung eines politisch-militärischen Ziels, insbesondere in Form der Erzwingung eines Waffenstillstandes bzw. der Einstellung von Kampfhandlungen, die nicht von der Einwilligung aller Konfliktparteien abhängig ist. Es impliziert einen Kampfauftrag, zu dessen erfolgreicher Durchführung ein Vielfaches an Truppen und schweren Waffen gegenüber Peacekeeping-Einsätzen notwendig ist. Da militärische und vor allem die politischen Führer immer darauf bedacht sein werden, die Gefahren für ihre Soldaten möglichst gering zu halten, muß eine Peace enforcement-Streitkraft ihrem Gegner weit überlegen sein und sollte daher (je nach Größe des Operationsgebiets und der Stärke des Gegners) im allgemeinen mehrere zehntausend Mann umfassen. Bei Peacekeeping-Einheiten handelt es sich in der Regel aber um Kontingente unterhalb der Marke von 10.000 Soldaten. Sie können Frieden nicht mit Waffengewalt erzwingen, sondern sind auf die Kooperation und die Einwilligung der Konfliktparteien zu ihrem Einsatz angewiesen. Um deren Einverständnis nicht zu verlieren, müssen sie absolut unparteiisch agieren und dürfen ihre Waffen höchstens zur Selbstverteidigung einsetzen. "Robustes" Peacekeeping bedeutet, daß diese Vorgaben traditionellen Peacekeepings im Prinzip weiterhin gelten. Jedoch können die entsprechenden Mandate im Vergleich zu traditionellen Peacekeeping-Missionen insofern erweitert werden, als sie auch Aufgaben wie den Schutz von humanitären Hilfslieferungen einschließen und der Waffengebrauch auch auf die Durchführung dieses Mandats hin ausgeweitet werden darf. Die Blauhelme müssen sich dabei weiterhin völlig unparteiisch verhalten und dürfen sich nicht in etwaige Kampfhandlungen der Konfliktparteien einschalten. Zuvor müssen alle

Konfliktparteien dem vom UNO-Sicherheitsrat verabschiedeten Aufgabenmandat der Blauhelme zugestimmt haben und ihre Kooperation zusichern. Nur in dem Fall, daß die Blauhelme an der Ausführung ihrer Aufgaben gehindert werden, dürfen sie von der Waffe Gebrauch machen und ihre Mission notfalls auch gegen den Willen einer Konfliktpartei erfüllen. Um diesem Notfall vorzubeugen, müssen sie stark genug bewaffnet sein, um auf potentielle Angreifer abschreckend zu wirken. Darüber hinaus darf ein Mandat die Blauhelme auch nicht überfordern. Es muß immer noch stark an traditionellen Peacekeeping-Aufgaben ausgerichtet sein. Auf potentiell konflikträchtige Aufträge, wie beispielsweise die Entwaffnung von Konfliktparteien, sollte verzichtet werden. Außerdem muß ein starker politischer Rückhalt für solche Missionen bestehen, damit auch kritische Situationen (einschließlich der Hinnahme von Verlusten) nicht sofort zu ihrem Abbruch führen.

Auf diese Bedingungen wurde etwa im Rahmen des IFOR/SFOR-Einsatzes in Bosnien-Herzegowina und der Mission "Alba" der *Multinational Protection Force* (MPF) in Albanien von den Verantwortlichen großen Wert gelegt. Für die Friedenstruppen lagen vor deren Eintreffen schriftliche Sicherheitsgarantien der Konfliktparteien vor. Das militärische Mandat der Missionen war klar und strikt begrenzt auf die Schaffung eines sicheren Umfeldes für die eigenen Truppen und für die im Missionsgebiet agierenden internationalen Hilfsorganisationen. Dies schloß im Rahmen der Mission "Alba" auch die Gewährleistung ungehinderter Passage von Hilfskonvois ein. Auf polizeiliche Exekutivmaßnahmen wurde verzichtet, Konfrontationen mit kriminellen Banden wurden vermieden. Trotz dieser begrenzten militärischen Aufgaben waren die Friedenstruppen den Konfliktparteien militärisch zumindest ebenbürtig. Darüber hinaus hatten IFOR/SFOR und MPF die volle politische Rückendeckung der UNO und der NATO bzw. der EU.⁷⁸

Unter der Voraussetzung, daß die oben aufgeführten Erfolgsbedingun-

78 Vgl. Wolfgang Biermann: "Wilder" Peacekeeping oder "Wilder" Peacekeeping. Möglichkeiten und Grenzen Kollektiver Sicherheit, in: W&F Wissenschaft und Frieden, 3/98, S.45; vgl. auch Ettore Greco: New Trends in Peace-keeping: The Experience of Operation Alba, in: Security Dialogue, Vol. 29, Nr. 2, June 1998, S. 20ff.

gen für "robustes" Peacekeeping bei künftigen Peacekeeping-Missionen gegeben sind, sollte Deutschland dem Beispiel der Niederlande und Italiens folgen, und den Vereinten Nationen im Rahmen des SAS auch schwerer bewaffnete Truppenteile anbieten. Dazu sollten mechanisierte Infanteriebrigaden des Heeres zählen, die von Beginn einer Mission an bestimmte Objekte und Personengruppen im Operationsgebiet schützen. Des weiteren sollte die Luftwaffe Kampfflugzeugstaffeln bereitstellen, die im Notfall den Blauhelmen Luftunterstützung gewähren können.

Daß die Bundesregierung prinzipiell heute schon bereit ist, beispielsweise Panzer für "robuste" Peacekeeping-Missionen zur Verfügung zu stellen, belegen die Vorbereitungen für den deutschen Einsatz im Rahmen einer möglichen Kosovo-Friedensmission. Verteidigungsminister Scharping stellte klar, daß er zum Schutz deutscher Friedenstruppen auch Panzer einsetzen lassen wird. Das deutsche Kontingent umfaßt 30 schwere Kampfpanzer des modernen Typs Leopard 2A5 und ebenso viele Schützenpanzer Marder 1A3, Spähpanzer Luchs und Transportpanzer Fuchs.⁷⁹

Ein solches Aufgebot wird Deutschland mit Sicherheit nicht für jede künftige Peacekeeping-Mission bereitstellen. Der Kosovo-Einsatz⁸⁰ mit schweren Waffen mag als Test- (erster "robuster" Peacekeeping-Einsatz) und Sonderfall (Friedenssicherung in Europa) eines deutschen Peacekeeping-Engagements eingestuft werden, bei dem mit der Ausrüstung nicht "geheizt" wird. Daher wird sich aufgrund der angespannten Finanzlage des Bundes ein solches Angebot auf Standby-Basis - und sei es auch in einer "abgespeckten" "Kosovo-Version" - möglicherweise nur mittel- bis langfristig im Rahmen der anstehenden Streitkräfte reform realisieren lassen.

79 Vgl. Thomas Baumeister: Deutsche Leos auf den Balkan, in: loyal. das deutsche wehrmagazin, 3/März 1999, S. 7f.

80 Damit die Kosovo-Mission als Testfall für deutsches Peacekeeping gelten kann, muß der Einsatz wirklich - wie geplant - der Sicherung eines zwischen Kosovo-Albanern und Serben unterzeichneten Friedensabkommens dienen. Ein Einsatz der Extraction Force zur Befreiung der OSZE-Beobachter oder ein Peace-enforcement-Einsatz der NATO zur Erzwingung eines Friedensabkommens unter Einbeziehung der deutschen Panzer fiel natürlich nicht in die Kategorie Peacekeeping.

Überdies wird man noch sehen müssen, wie die - gegenüber Blauhelmeinsätzen bisher sehr positive - öffentliche Meinung reagieren wird, wenn die ersten deutschen Blauhelme nicht durch Unfälle, sondern durch Gewaltakte (einer) der Konfliktparteien zu Tode kommen. Dann wird sich zeigen, ob und wo diese Politik als "Kunst des Möglichen" ihre Grenzen findet.

Auch wenn sich die Forderungen nach "robusten Blauhelmen" daher bestenfalls langfristig erfüllen lassen werden, so ändert dies nichts an der Notwendigkeit der baldigen Bereitstellung eines umfangreichen und angemessen bewaffneten deutschen Standby-Kontingents.

Schluß

Es stünde Deutschland gut an, sich stärker als bisher in Friedensmissionen der Vereinten Nationen zu engagieren und durch einen personell und materiell substantiellen Beitrag zum *Standby Arrangements System* den Vereinten Nationen im Rahmen von Peacekeeping-Missionen bessere Chancen auf eine rasche und effektive Umsetzung von Friedensplänen in Konfliktsituationen zu gewähren. Die Vereinten Nationen sind nach wie vor die einzige Organisation, die die moralische Autorität und den Willen besitzt, in den vielen Krisengebieten der Welt friedensstiftend einzugreifen. Diese Autorität, den Willen und auch die Fähigkeit zur weltweiten friedlichen Konfliktregelung besitzt keine Supermacht und auch keine regionale Organisation.⁸¹

Die gegenwärtige Umstrukturierung der Bundeswehr sollte dazu genutzt werden, die deutsche Armee stärker in den Dienst der Vereinten Nationen zu integrieren. Als Vorbild könnte die Streitkräftereform der Niederlande dienen. Wie der NATO-Partner ist auch Deutschland nur noch von befreundeten Staaten umgeben, und eine Bedrohung Deutschlands geht eher von Ausweitungen regionaler Krisen am Rande Mitteleuropas, von weltweitem Terrorismus oder der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen aus. Zudem scheint auch der innere Friede in Deutschland durch einen übermäßigen Zustrom von Kriegsflüchtlings aus den regionalen Krisenregionen gefährdet. Die nationale Sicherheitspolitik sollte daher analog zu den niederländischen Überlegungen deutlicher als bisher in einem internationalen, "globalen" sicherheitspolitischen Kontext gesehen werden. In diesem Kontext ist es aber die UNO und ihr Sicherheitsrat, die die Aufgabe haben, die *"erforderlichen Maßnahmen [...] zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit"* zu treffen (Art. 39 UNO-Charta).

81 Als Nebeneffekt eines verantwortungsbewußten deutschen Engagements im Peacekeeping-Bereich würden die Chancen auf den von Deutschland beanspruchten ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat mit Sicherheit steigen.

Abkürzungsverzeichnis

ACABQ	Advisory Committee on Administrative and Budgetary Questions
CIVPOL	United Nations Civilian Police (component)
DHA	Department of Humanitarian Affairs
DPKO	Department of Peacekeeping Operations
IFOR	Implementation Force
MASH	Mobile Army Surgical Hospital
MedEvac	Medical Evacuation
MoU	Memorandum of Understanding
MPF	Multinational Protection Force
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization
ONUCA	United Nations Observer Group in Central America
ONUSAL	United Nations Observer Mission in El Salvador
ONUVEH	United Nations Observer Group for the Verification of the Elections in Haiti
ONUEN	United Nations Observer Mission to verify the electoral process in Nicaragua
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RDMHQ	Rapidly Deployable Mission Headquarters
SAS	Standby Arrangements System
SFOR	Stabilization Force
SHIRBRIG	Standby High Readiness Brigade
UNAMIC	United Nations Advance Mission in Cambodia
UNAMIR	United Nations Assistance Mission for Rwanda
UNMIBH	United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina
UNMIH	United Nations Mission in Haiti
UNO	United Nations Organisation/ Vereinte Nationen
UNOSOM II	United Nations Operation in Somalia II
UNSCOM	United Nations Special Commission
UNTAC	United Nations Transitional Authority in Cambodia
UNTAES	United Nations Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group